



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 2

Februar 1975

Grafik des Monats: Wohnungen im Bundesgebiet 1972

Aufsätze: 90 Jahre Raiffeisen
Baugewerbe am Wendepunkt?
Körperschaftsteuer 1971

Kurzberichte: Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1973	1974	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Juli bis November			
INDUSTRIE ¹					
Produktionsindex	1962 = 100	182	187	+	3
Beschäftigte	1 000	189	187	-	1
Umsatz ²	Mill. DM	1 458	1 752	+	20
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	22	21	-	5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8,3	7,5	-	10
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 020	1 459	-	28
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	293,9	390,4	+	33
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	247,5	342,2	+	38
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 236	5 963	-	4
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	113,4	145,6	+	28
Grundstoffpreise ³	1962 = 100	122,6	144,5	+	18
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1970 = 100	115,7	131,9	+	14
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	120,8	114,8	-	5
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	120,0	128,4	+	7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	118,4	123,9	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	4 941	5 316	+	8
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	17 282	19 016	+	10
Spareinlagen	Mill. DM	7 295	8 013	+	10
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	92	100	+	9
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	46	56	+	23
Lohnsteuer	Mill. DM	171	192	+	12
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	237	250	+	5

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft
6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 2/75

	Seite
Aktuelle Auslese	25
Aus dem Inhalt	26
Aufsätze	
90 Jahre Raiffeisen-Organisation	27
Baugewerbe am Wendepunkt?	32
Das Einkommen der Körperschaften und seine Besteuerung im Jahre 1971	39
Kurzberichte	
Die Umsatzentwicklung im Gastgewerbe	46
Grafik des Monats	36
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 7 / 1974

Kommunalwahl 1974 (Teil 3)
Hochbau 1973
Verdienste im Vergleich
Versteuerte Bruttolöhne 1971

Heft 8 / 1974

Ausländer
Betriebsstruktur im Gartenbau
Öffentlicher Tiefbau
Außenhandel

Heft 9/10-1974

Fernpendler
Fremdenverkehr
Beherbergungskapazität
Entwicklung im Handwerk

Heft 11/12-1974

Bevölkerungsereignisse im Bild
Haushalte und Familien 1970
Industrieumsätze und -löhne
Gebäude und Wohnungen 1972
Rinder- und Schweinehaltung

Heft 1 / 1975

Altersstruktur der Studenten
Verarbeitende Industrie 1974
Industrie-Investitionen 1973
Investitionen im Baugewerbe
Die nächste Wohnungszählung



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 2

Februar 1975

Aktuelle Auslese



Schleswig-Holstein Spitzenreiter
im wirtschaftlichen Wachstum
Höchste reale Zuwachsrate von allen Bundesländern

Nach einer Schnellberechnung ergibt sich für Schleswig-Holstein mit einer realen Zuwachsrate von 3,4 % im Jahre 1974 gegenüber 1973 das stärkste wirtschaftliche Wachstum von allen Bundesländern. Im gesamten Bundesgebiet war die Steigerungsrate mit 0,6 % wesentlich niedriger. Bei diesen Wachstumsraten handelt es sich um den rein mengenmäßigen Vergleich, Preissteigerungen sind ausgeklammert.

Bei den nominalen Zuwachsraten liegt Schleswig-Holstein mit einer Zunahme von 9,3 % hinter Hamburg und Berlin an dritter Stelle. Hier beträgt der Abstand vom Bundesdurchschnitt 2,1 Punkte. Das bedeutet, daß die Preissteigerungen aller in Schleswig-Holstein erzeugten Produkte und getätigten Dienstleistungen im Durchschnitt niedriger waren als im gesamten Bundesgebiet. Einer Preissteigerungsrate von 5,7 % in Schleswig-Holstein steht eine von 6,6 % im gesamten Bundesgebiet gegenüber.



Entwicklung der industriellen Produktion
in Schleswig-Holstein positiver als im Bund

Hatte die Produktionsleistung der schleswig-holsteinischen Industrie sich im letzten Jahrzehnt schon positiver entwickelt als die des Bundes, so war der Vorsprung 1974 besonders deutlich. Während nämlich das Produktionsniveau von 1973 im Bundesdurchschnitt nicht ganz gehalten werden konnte (- 1 %), stieg der Produktionsindex im Land um 6 % an. Der Produktionsindex (1962 = 100) stand im Monatsdurchschnitt Januar bis November 1974 in Schleswig-Holstein auf 192,8 und im Bundesdurchschnitt auf 175,2.



Über eine halbe Million Schüler
in Schleswig-Holstein

Im Schuljahr 1974/75 hat die Zahl der Schüler, die eine allgemeinbildende oder eine berufliche Schule besuchen, in Schleswig-Holstein erstmals die Grenze von einer halben Million überschritten. Das heißt, jeder 5. Einwohner unseres Landes geht zur Schule. Im Schuljahr 1973/74 hatte die Zahl der Schüler 496 000 betragen.



Gut 1 000 Studenten mehr
als im Sommersemester 1974

Im Wintersemester 1974/75 waren an den Hochschulen in Schleswig-Holstein insgesamt 19 425 Studenten immatrikuliert. Damit hat sich die Zahl der Studenten gegenüber dem Sommersemester 1974 um 1 025 Studenten oder 5,6 % erhöht. Während an der Universität Kiel die Studentenzahl von 9 570 im Sommersemester 1974 auf 10 630 im Wintersemester 1974/75 um 11 % zugenommen hat, verzeichnen die anderen Hochschulen nur leichte Zunahmen (Pädagogische Hochschulen Kiel und Flensburg, Musikhochschule Lübeck) oder Abnahmen (Fachhochschulen, Medizinische Hochschule Lübeck) ihrer Studentenzahlen.



Mehr Rinder, weniger Schweine

Die vorläufige Zusammenstellung der allgemeinen Viehzählung 1974 ergab Zunahmen der Pferde-, Rinder- und Schafbestände und Abnahmen bei den Schweine- und Geflügelbeständen. Insgesamt wurden 28 700 Pferde und Kleinpferde, 1,51 Mill. Rinder, darunter 495 000 Milchkühe, 113 000 Schafe, 1,57 Mill. Schweine und rd. 4,3 Mill. Hühner festgestellt.

Aus dem Inhalt

90 Jahre Raiffeisen

Seite 27

Das 100jährige Jubiläum der ältesten Genossenschaft Schleswig-Holsteins gibt Anlaß, über Entstehung, Veränderung und Bedeutung des Genossenschaftswesens zu berichten. Wirtschaftlich schwierige Zeiten führten zu Gründungen von Genossenschaften. Unter den 780 heutigen Genossenschaften sind 302 Betriebs-, 226 Kredit-, 149 Meierei- und 62 Warengenossenschaften. Die Raiffeisenbanken bilden an 577 Plätzen in Schleswig-Holstein und Hamburg ein dichtes Netz. Sie verwalteten Ende 1973 rund 2 Milliarden DM Einlagen und 1,3 Milliarden DM Kredite. 1974 kam das 100 000ste Mitglied dazu. Auf dem Warenssektor belief sich der Umsatz aller Genossenschaften 1973 auf 0,9 Milliarden DM. Dazu kommt der Umsatz der Raiffeisen-Hauptgenossenschaft mit 0,8 Milliarden DM. Die Lebendvieh- und Fleischvermarktung sowie das Nutztviehgeschäft erreichte einen Umsatz von 0,8 Milliarden DM. Tiefgreifende Veränderungen fanden in der Milchwirtschaft statt. 1973 erfaßten nur noch 126 Meiereigenossenschaften fast 2 Millionen t Milch. Die durchschnittliche Anlieferung je Meierei ist seit 1958 von 3 000 t auf 15 600 t Milch im Jahr gestiegen. Ein besonderes Problem sind die saisonalen Anlieferungsschwankungen. Nur ein Viertel wird zu Trinkmilch und Frischprodukten verarbeitet, aber 70 % des Milchlalles werden verbuttert. Das hängt mit der marktfernen Lage des Landes zusammen.

Baugewerbe am Wendepunkt? Seite 32

Nachdem die Beschäftigtenzahl im Bauhauptgewerbe in den letzten Jahren ziemlich konstant auf einem hohen Niveau gelegen hatte, trat von Mitte 1973 bis Mitte 1974 ein Rückgang um 6 000 Personen auf knapp 57 000 Beschäftigte ein. Diese rückläufige Tendenz setzte sich auch bis zum Jahresende noch weiter fort. Von den Entlassungen waren vor allem Hilfskräfte, im letzten Jahr aber auch Facharbeiter betroffen; bei den gewerblich Auszubildenden gab es jedoch noch einen kleinen Zuwachs. Unter den Beschäftigten des Bauhauptgewerbes insgesamt haben die gelernten Kräfte einen Anteil von 56 %, im Hochbau sind es sogar 66 %. Im Straßenbau dagegen findet man die meisten Hilfskräfte. Der zunehmende Übergang von herkömmlichen zu modernen Bauweisen erforderte im letzten Jahrzehnt fast ständig eine Aufstockung und vor allem eine qualitative Verbesserung des Gerätebestandes. Bei den Auftragsbeständen setzte der Abbau in der zweiten Jahreshälfte 1973 ein, während die Auftragseingänge im Wohnungsbau bereits im Zeitraum Januar bis Oktober 1973 real um 10 % unter den vergleichbaren Vorjahreswerten lagen.

Körperschaftsteuer 1971

Seite 39

Es gab im Jahre 1971 in Schleswig-Holstein 1 711 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen mit einem Einkommen von 346 Millionen DM, die unbeschränkt zur Körperschaftsteuer herangezogen wurden. Das Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigen betrug 202 400 DM. Auf das positive Einkommen war eine Steuer in Höhe von 124 Millionen DM zu entrichten. Dazu kam eine Ergänzungsabgabe von 3,7 Millionen DM. Die Einkommensentwicklung der in Schleswig-Holstein ansässigen Körperschaften verlief im Berichtszeitraum - 1968 bis 1971 - im allgemeinen recht ungünstig, in 1 180 Fällen ergab die Veranlagung einen Verlust, der sich auf 246 Millionen DM belief. Die Steuerbelastung kann durch Abschreibungen, Sondervergünstigungen und Aufwendungen erheblich ermäßigt werden. Bei den Abschreibungen nahmen die Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung den größten Posten ein, bei den Sondervergünstigungen waren es vor allem Vergünstigungen gemäß Zonenrandförderungsgesetz. Die Aufwendungen besonderer Art bestehen zu 94 % aus Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen. Andererseits sind zur Ermittlung des steuerlichen Gewinns dem Einkommen gewisse Aufwendungen hinzuzurechnen. Die effektive steuerliche Belastung errechnet sich so mit 35,9 % und ergibt sich aus einer Staffelung sehr differenzierter Steuersätze. Gliedert man die Körperschaften nach Einkommensgrößenklassen, so zeigt sich, daß einer Vielzahl von Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen wenige Großbetriebe gegenüberstehen, die den weit überwiegenden Teil der Einkommen für sich erwirtschafteten. Auf 63 Steuerpflichtige in der obersten Größenklasse entfielen gut zwei Drittel des gesamten Einkommens. Umgekehrt vereinigten mehr als die Hälfte aller Steuerpflichtigen in den untersten beiden Größenklassen nur 2 % des Einkommens auf sich. Fast drei Fünftel aller erfaßten unbeschränkt steuerpflichtigen Unternehmen mit positivem Einkommen sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Seite 46

Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe konnte in Schleswig-Holstein im Jahr 1973 einen Umsatz von 1,2 Milliarden DM erzielen, 7 % mehr als 1972. Recht unterschiedliche Entwicklungen gab es dabei in den beiden Bereichen Gastronomie und Beherbergung. Aufgrund repräsentativer Untersuchungen ist zu vermuten, daß die realen Umsätze von 1972 auf 1973 nahezu konstant geblieben sind. Für das Jahr 1974 zeichnet sich ein höherer nominaler Umsatzanstieg ab, der auch einen realen Anstieg erwarten läßt. Das vorhandene Material wurde auch nach Umsatzgrößenklassen ausgewertet. Die Schwankungen im jahreszeitlichen Verlauf sind in einer Grafik dargestellt.

90 Jahre Raiffeisen - Organisation

Im Herbst 1974 beging die Raiffeisen-Organisation ein Jubiläum besonderer Art: Am 9. Oktober 1974 hätte die älteste Meiereigenossenschaft Voldewraa - und damit die älteste inzwischen fusionierte Genossenschaft Schleswig-Holsteins überhaupt - auf ein 100-jähriges Bestehen zurückblicken können. Der heutige Raiffeisenverband Schleswig-Holstein und Hamburg e.V. mit Sitz in Kiel wurde zehn Jahre später gegründet, und zwar am 19. September 1884 in Neumünster als Verband der ländlichen Konsumvereine des schleswig-holsteinischen Generalvereins.

Seine Hauptaufgabe besteht nach wie vor darin, bei den Primärgenossenschaften die gesetzliche Prüfung durchzuführen. Im Rahmen dieser Aufgabenstellung hat der Verband eine umfassende organisatorische Tätigkeit entwickelt, unter anderem durch Beratung in Rechts-, Steuer- und Betriebswirtschaftsfragen sowie zum Marktstrukturgesetz, bei der Aus- und Fortbildung der mehreren tausend ehren-, neben- und hauptamtlichen Mitarbeiter und bei der Auswahl geeigneten Personals. Die verbandseigene Raiffeisenschule in Rendsburg wird allen Anforderungen für die Lehrlings-schulung, Angestelltenfortbildung bis hin zu den Managementkursen für Führungskräfte gerecht. Der Verband vertritt schließlich die Interessen der Genossenschaften nach außen und betreibt eine breite Öffentlichkeitsarbeit.

Gründung in schwierigen Zeiten

Genossenschaften wurden immer dann gegründet, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse besonders schwierig waren. So entstanden die ersten genossenschaftlichen Unternehmen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, als die Hauswirtschaft in die Marktwirtschaft übergang und die Abwanderung in die Städte einsetzte. Neben der festen Stellung im entstehenden Wettbewerb auf den Märkten für Agrarprodukte ging es um die Beschaffung von Investitions- und Betriebskrediten für die Landwirtschaft, aber auch für Handel, Handwerk und Gewerbe. So wurden die ersten Meiereigenossenschaften 1874, die ersten Warengenossenschaften 1884 und die ersten Kreditgenossenschaften 1895 gegründet.

Die zweite Gründungswelle setzte in den Jahren der Inflation nach dem ersten Weltkrieg ein. Damals stellte der wirtschaftliche Niedergang mit seinem Tiefpunkt 1924 eine "Herausforderung" an den Selbsthilfegedanken dar. Schon Anfang der 30er Jahre wurde mit

1 771 Genossenschaften die höchste Zahl in der Geschichte des Raiffeisenverbandes überhaupt erreicht, und zwar 7 Zentral-, 480 Kredit-, 642 Meierei-, 120 Waren- und 522 Dienstleistungsgenossenschaften.

Auch nach dem zweiten Weltkrieg wurden noch Genossenschaften gegründet. Der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft führte dazu, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß in vielfältiger Weise neu gesucht wurde. Nach einem leichten Rückgang der Zahl der Genossenschaften während des Krieges stieg durch Neugründung die Zahl bis 1955 noch einmal auf 1 456 Unternehmen an, d. h. es waren vor 20 Jahren doppelt so viel Genossenschaften vorhanden wie heute.

Um ihre Stellung am Markt zu stärken, haben sich die Primärgenossenschaften schon zeitig zu Zentralgeschäftsanstalten zusammengeschlossen. Die Gründung der Butter- und Eier-Zentrale Nordmark erfolgte 1889, der Landesgenossenschaftsbank 1895, der Hauptgenossenschaft 1898 und der Schleswig-Holsteinischen Viehzentrale 1929, nachdem bereits 1897 die erste Schlachtviehverkaufsstelle in Hamburg ins Leben gerufen worden war.

Während ihrer 90jährigen Geschichte bewiesen die Raiffeisen-Genossenschaften, daß sie die Kraft besitzen, wirtschaftliche Krisen zu meistern und sich gegenüber gesellschaftlichen sowie politischen Veränderungen zu behaupten. Insbesondere in der Periode nach dem zweiten

Genossenschaften in Schleswig-Holstein und Hamburg
Bestand am Jahreschluß¹⁾

Art	1950	1960	1970	1972	1973
Zentralen	5	5	5	5	5
Kreditgenossenschaften	453	432	282	236	226
Meiereigenossenschaften	512	443	246	180	149
Warengenossenschaften	155	106	71	66	62
davon					
Ein- und Verkaufs-	70	51	34	30	28
Fischer-	16	15	17	15	13
Obst- und Gemüseverwertungs-	5	8	5	5	5
Sonstige	64	32	15	16	16
Betriebsgenossenschaften	202	455	337	312	302
davon					
Maschinen-	43	186	56	42	38
Rinderbesamungs-	12	29	18	15	15
Wasser-	80	136	186	186	183
Grünfütterttrocknungs-	-	12	4	2	2
Sonstige	67	92	73	67	64
Sonstige Wirtschaftsunternehmen	17	4	22	30	35
Gesamtbestand	1 344	1 445	963	829	779

1) nach den registergerichtlichen Eintragungen

Weltkrieg haben sie eine hervorragende Entwicklung genommen und auf dem Wege der Selbsthilfe die heimische Wirtschaft, insbesondere in den ländlichen Räumen, gestärkt.

Kreditgenossenschaften - Banken für Jedermann

Die 226 Raiffeisenbanken (Spar- und Darlehnskassen) einschließlich der Landesgenossenschaftsbank und der Landkreditbank sind mit Haupt- und Zweigstellen an 577 Plätzen in Schleswig-Holstein und Hamburg vertreten. Sie bilden damit ein dichtes Bankennetz, wenn auch durch Fusionen die Zahl der selbständigen Institute zurückgeht.

Das Ergebnis der Konzentrationsbemühungen wird deutlich bei einer Aufgliederung der Institute nach Bilanzsummengruppen. Während

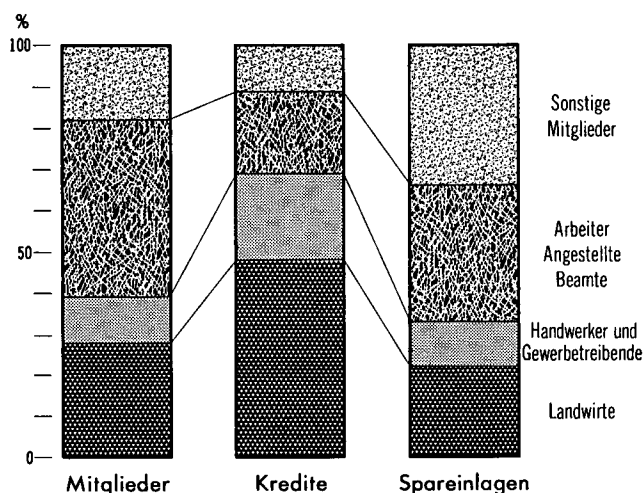
die Zahl der Raiffeisenbanken mit einer Bilanzsumme bis 5 Mill. DM 1970 noch 73% ausmachte, ist der Anteil dieser relativ kleinen Institute bis zum 31. Dezember 1973 auf 45% zurückgegangen. Dementsprechend hat der Anteil der Institute mit einer Bilanzsumme über 5 Mill. DM von 27% auf 55% zugenommen. Auf die 124 Raiffeisenbanken mit einer Bilanzsumme von über 5 Mill. DM entfiel Ende 1973 ein Geschäftsvolumen von 1,7 Mrd. DM oder 85% des gesamten Bilanzvolumens aller Raiffeisenbanken in Schleswig-Holstein und Hamburg. Die durchschnittliche Bilanzsumme je Institut ist in den letzten 20 Jahren von 276 000 DM auf 8,9 Mill. DM angestiegen.

Die Leistungsfähigkeit der genossenschaftlichen Geld- und Kreditinstitute zeigt die Tatsache, daß alle Raiffeisenbanken, die Landesgenossenschaftsbank und die Landkreditbank (unter Ausschluß der internen Forderungen und Verbindlichkeiten) zum Jahresende 1973 rund 2 Mrd. DM Einlagen verwalteten und 1,3 Mrd. DM Kredite der heimischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt hatten. Das Gesamtgeschäftsvolumen betrug 2,5 Mrd. DM.

Zum Jahresschluß 1973 wurden 97 618 Mitglieder oder, wie man heute sagt, Bankteilhaber, gezählt. Im Laufe des Jahres 1974 konnte das 100 000ste Mitglied registriert werden. Die Kreditgenossenschaften sind zu echten "Banken für Jedermann" geworden, wie die nachfolgenden Zahlen deutlich machen: Von den Mitgliedern waren 28% Bauern und Landwirte, 11% Handwerker und Gewerbetreibende, 43% Arbeiter, Angestellte und Beamte und 18% Sonstige.

Raiffeisenbanken 1973

D - 4655



Bilanzsummengruppen der Raiffeisenbanken

Bilanzsumme Mill. DM	Zahl der Genossenschaften					
	1960	1965	1970	1971	1972	1973
bis 2 Mill.	403	246	81	61	40	24
2 - 5 Mill.	26	115	124	103	83	78
5 - 10 Mill.	3	16	55	68	71	70
10 - 20 Mill.	-	5	19	23	28	38
über 20 Mill.	-	-	3	7	14	16
Insgesamt	432	382	282	262	236	226

Bilanzsumme Mill. DM	Bilanzsumme in Mill. DM					
	1960	1965	1970	1971	1972	1973
bis 2 Mill.	279	259	101	79	52	34
2 - 5 Mill.	79	336	410	344	290	267
5 - 10 Mill.	16	105	366	460	509	498
10 - 20 Mill.	-	65	271	326	395	523
über 20 Mill.	-	-	130	312	562	713
Insgesamt	374	765	1 278	1 521	1 808	2 035

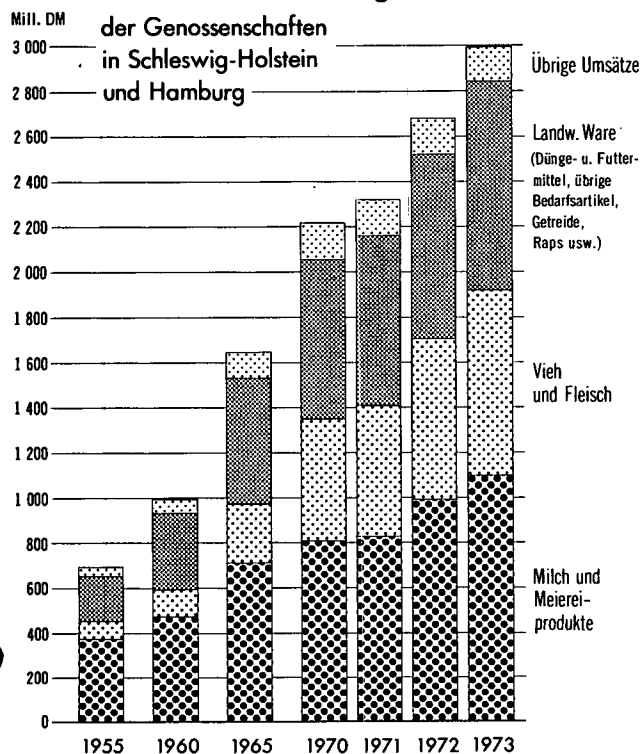
Aktivitäten auf dem Warenssektor ...

Von den Spar- und Darlehnskassen betreiben 183 neben dem Bankgeschäft ein umfangreiches Warengeschäft, d. h. den gemeinsamen Einkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Außerdem sind 28 Ein- und Verkaufsgenossenschaften im Warenssektor tätig. Der Gesamtwarenumsatz belief sich 1973 auf 926,4 Mill. DM. Der Umsatz der Warenzentrale, der Raiffeisen-Hauptgenossenschaft, erreichte 806,6 Mill. DM.

Beim Bezugsgeschäft liegt das Schwergewicht im gemeinsamen Einkauf aller landwirtschaftlichen Produktionsmittel vom Saatgut bis zum Futtermittel, beim Absatzgeschäft in der Erfassung von Getreide, Raps und weiteren Feldfrüchten. Die Ausgliederung von Funktionen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb zwingt die Genossenschaften zur Umstrukturierung

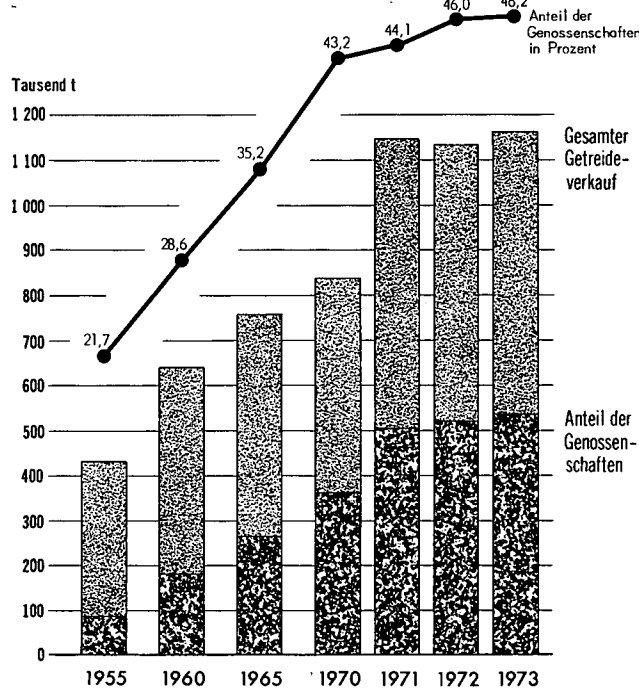
Waren- und Leistungsumsätze

D - 4656



Getreide-Erfassungsanteil der Genossenschaften

D - 4657



ihres Geschäftes: aus der reinen Warenvermittlung ist ein kapitalintensives Dienstleistungs- und teilweise Produktionsunternehmen geworden. Besonders zu nennen sind die durch den Mähdrechereinsatz wichtig gewordene Getreidetrocknung und -lagerung, der Aufbau der Lose-Dünger-Kette und das Angebot loser Futtermittel in Spezialfahrzeugen.

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg konnten die Marktanteile der Genossenschaften erheblich gestärkt werden. Während 1955 89 000 t Getreide oder 21,7% der Gesamtverkäufe der Landwirtschaft erfaßt wurden, waren es 1970 361 000 t oder 43,2% und 1973 sogar 537 000 t oder 46,2%. Die gesamte Mischfutterherstellung betrug 1973 in Schleswig-Holstein rund 1,22 Millionen t. Mit einer Mischfutterherstellung von insgesamt 600 000 t produzierte die Raiffeisenorganisation etwa 50% der in Schleswig-Holstein erzeugten Mischfutter für Rinder, Schweine und Geflügel.

Die Notwendigkeit der Zusammenfassung des Angebots gilt auch für die übrigen Vermarktungsgenossenschaften.

Zu erwähnen ist die Veiling Hamburg, die seit 1954 in Norddeutschland tätige Versteigerungsgenossenschaft für Obst, Gemüse und Blumen. Sie erreichte 1973 einen Gesamtumsatz von 21,5 Mill. DM. Davon entfielen 6,3 Mill. DM auf den Umsatz von Obst,

11,9 Mill. DM auf Gemüse und 3,3 Mill. DM auf Blumen. Ergänzt wird die Tätigkeit der Veiling Hamburg durch vier weitere Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften. Die Gesamtbilanz aller Unternehmen schloß Ende 1973 in Aktiva und Passiva mit 5,8 Mill. DM, die Gesamtumsätze erreichten die Höhe von 22,7 Mill. DM.

Auch die Eierpackstation der KG Nordmark-Lande GmbH u. Co. in Schackendorf bei Bad Segeberg faßt das Angebot für die angeschlossenen 23 Legehennenhalter zusammen. Einschließlich Zukauf wurden 1973 rund 110 Millionen Stück mit einem Wertumsatz von 20,7 Mill. DM vermarktet.

Die 13 Fischergenossenschaften stellen eine aktive Gruppe mit einem hohen Marktanteil in der Kutterfischerei dar. Ihr Gesamtumsatz betrug 1973 rund 92 Mill. DM, davon entfielen auf Fische und Krabben 82 Mill. DM, auf den Einkauf von Betriebsmitteln für die Fischer 10 Mill. DM.

Die 302 Dienstleistungsgenossenschaften schließlich bieten den bäuerlichen Betrieben eine unmittelbare betriebstechnische Hilfe. In vielen Fällen wird erst durch sie der Fortschritt der Technik in vielen bäuerlichen Betrieben nutzbar gemacht. In der Nachkriegszeit haben zunächst die Tiefgefrierergenossenschaften, später vor allem die Maschinen-genossenschaften und Rinderbesamungsgenossenschaften an Bedeutung gewonnen.

Die älteste deutsche Rinderbesamungsgenossenschaft wurde 1942 auf dem Weidenhof in Pinneberg gegründet. Von den rindviehhaltenden Betrieben haben 1973 rund 27 000 Betriebe, das sind 81%, rund 443 300 Tiere, das sind 61% der deckfähigen Rinder, besamen lassen. Die Zahl der Besamungsstationen und Besamungsvereinigungen hat infolge Fusionen seit 1960 zwar ständig abgenommen, die Leistungsfähigkeit konnte jedoch erheblich gesteigert werden.

Auch die kleineren Betriebsgenossenschaften, z. B. die 183 in unserem Verbandsgebiet tätigen Wassergenossenschaften, erfüllen mit der Wasserversorgung in den Dörfern und kleineren Landgemeinden eine wichtige Aufgabe.

Bei einem geschichtlichen Überblick sind in diesem Zusammenhang auch die mehreren Hundert Elektrizitätsgenossenschaften zu nennen, von denen heute niemand mehr spricht. Sie haben aber über Jahrzehnte hin das flache Land mit elektrischem Strom versorgt und den Fortschritt der Technik in die Dörfer unseres Landes gebracht wie kaum eine andere Einrichtung.

... in der Vieh- und Fleischwirtschaft ...

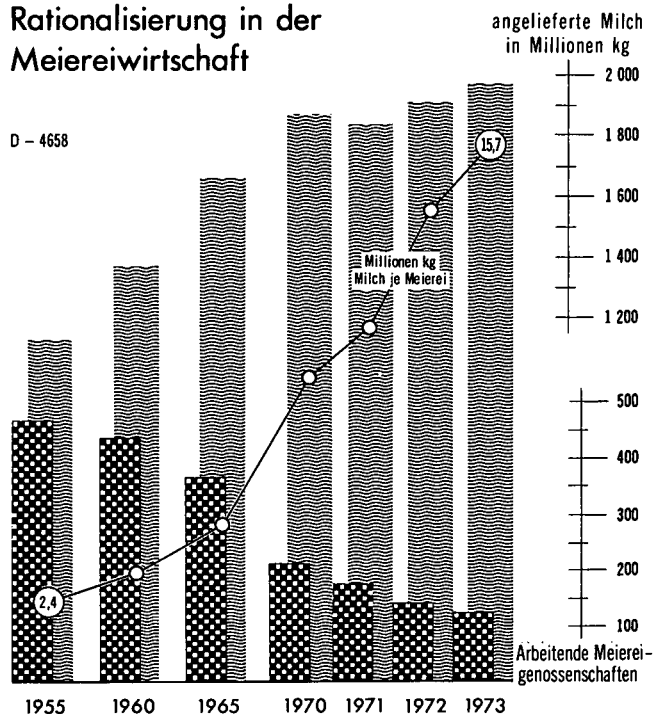
In dieser Sparte ist die Entwicklung anders verlaufen als in den übrigen Bereichen genossenschaftlicher Arbeit. Primärgenossenschaften gibt es hier praktisch nicht mehr. Mit der 1929 gegründeten Schleswig-Holsteinischen Viehzentrale eG, Hamburg, und ihren Nordfleisch-Tochtergesellschaften stehen den vieherzeugenden Landwirten moderne schlagkräftige Einrichtungen zur Verfügung, die mit Erfolg die bäuerlichen Bestrebungen um Absatzsicherung und Erlösverbesserung fördern. Die Unternehmensgruppe erreichte 1973 einen Gesamtumsatz von fast 790 Mill. DM, der sich auf die Lebendvieh- und Fleischvermarktung sowie auf das Nutztviehgeschäft verteilte. Dabei nehmen die Umsätze aus der Geschlachtet-Vermarktung den dominierenden Platz ein. Die Nordfleisch AG unterhält in Husum, Schleswig, Bad Bramstedt und Lübeck moderne Versandschlachthäuser, die eine rationelle kostengünstige Vermarktung in Verbindung mit der Integrationskette bis zu den Erzeugergemeinschaften gewährleisten.

... in der Milchwirtschaft

Die Meiereiwirtschaft Schleswig-Holsteins kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Wie bei den Kredit- und Warengenossen-

schaften zwangen betriebs- und marktwirtschaftliche sowie Finanzierungsgründe in den letzten 20 Jahren zu einer Strukturbereinigung: Während 1956 noch 459 Meiereigenossenschaften in unserem Lande arbeiteten, waren es zum Jahresschluß 1973 nur noch 126 genossenschaftliche Unternehmen. Sie erfaßten, nachdem die Milchlieferung in den Jahren 1970 und 1971 leicht rückläufig gewesen war, im Jahr 1973 rund 1,97 Milliarden kg Milch. Die durchschnittliche Milchlieferung je Meierei ist in den letzten 15 Jahren von 3,0 Millionen kg auf 15,6 Millionen kg jährlich, der genossenschaftliche Marktanteil von 80% auf 92% gestiegen.

Rationalisierung in der Meiereiwirtschaft



In der Milchwirtschaft ist der Strukturwandel sehr stark durch öffentliche Mittel des Landes, des Bundes sowie des Europäischen Ausrichtung- und Garantiefonds in Brüssel gefördert worden. Die Entwicklung ist noch nicht am Ende. Trotz der erreichten Veränderungen liegt die durchschnittliche Betriebsgröße der Meiereigenossenschaften im nördlichsten Bundesland mit 15,6 Millionen kg Jahresanlieferung immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von 20,4 Millionen kg. Ursache hierfür ist die einst als vorbildlich geltende milchwirtschaftliche Erschließung des Landes mit vielen kleinen Meiereien. Die Veränderung der Unternehmensstruktur ist aus der folgenden Tabelle zu ersehen. Auch in Zukunft wird es unbedingt erforderlich sein, die Verbesse-

Veränderung der Unternehmensstruktur
in der Meiereiwirtschaft

Jahres- anlieferung	Zahl der Unternehmen				
	1960	1970	1971	1972	1973
bis 2 Mill. kg	187	23	18	11	10
2 - 5 Mill. kg	188	107	86	58	50
5 - 10 Mill. kg	37	47	43	37	31
10 - 20 Mill. kg	15	16	14	12	15
20 - 50 Mill. kg	3	9	11	14	11
über 50 Mill. kg	-	8	7	7	9
Insgesamt	430	210	179	139	126

zung der Meiereistruktur in Schleswig-Holstein fortzusetzen und mit öffentlichen Mitteln zu fördern.

Ein besonderes, aber ernstes Problem der schleswig-holsteinischen Milchwirtschaft sind die starken jahreszeitlichen Schwankungen der Milchlieferungen an die Meiereien. In den milchreichen Monaten April und Mai steht den Meiereien rund zweimal so viel Milch zur Verfügung als in dem milcharmen Monat September. Diese große Schwankungsbreite belastet die milchverarbeitenden Unternehmen unseres Landes sehr. Nicht nur die Kosten der Milcherfassung und -verarbeitung werden ungünstig beeinflusst, sondern auch der Absatz der Erzeugnisse und deren Erlöse. Obwohl die Meiereien im Laufe eines Jahres eine differenzierte Auszahlung vornehmen, die in einzelnen Fällen bis zu 10 Pfennig je kg Milch beträgt, sind die Milcherzeuger aus betriebswirtschaftlichen Gründen gezwungen, die Abkalbungen vorwiegend in die Herbstmonate zu legen.

Die an die Meiereien Schleswig-Holsteins gelieferte Milch wird zu weniger als einem Viertel zu Trinkmilch, Frischmilchprodukten und Käse verarbeitet, dagegen werden über 70% des in der Milch enthaltenen Fettes verbuttert. Im Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland wurden nur knapp 60% des Milchfettes zu Butter verarbeitet. Der verhältnismäßig niedrige Anteil von Trinkmilch und Frischmilchprodukten, der hohe Anteil der Butter an der Verwertung des Milchfettes und der hohe Rückgabesatz von Magermilch an die Erzeuger in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt ist auf die marktferne Lage des Landes zurückzuführen. Die Verfütterung von Magermilch ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Sie ist in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlich und wird sicher in den kommenden Jahren noch mehr eingeschränkt werden.

Butter und Käse werden überwiegend über die Butter- und Eier-Zentrale Nordmark abgesetzt. Der Gesamtumsatz der BEZ betrug

1973 fast 451 Mill. DM, wobei der Butteraufgang mit 79% beteiligt war. Außerhalb der Landesgrenzen sind das Ruhrgebiet und Westberlin die Hauptabsatzmärkte. Zweifellos hat sich die BEZ als ein wichtiges Instrument für die Sicherung des Absatzes schleswig-holsteinischer Butter und für die Hebung der Butterqualität bewährt. Trotz drängender Konkurrenz konnte die BEZ auch ihren Marktanteil beim Absatz von Käse laufend erhöhen. Schließlich hat sie in den letzten Jahren beachtliche Umsätze im gesamten Frischdienstgeschäft erzielt. Die BEZ liefert auch Meiereibedarfsartikel und Meiereimaschinen an ihre Mitgliedsmeiereien. Durch Groß-einkauf ist die Zentrale in der Lage, preislich und qualitätsmäßig die Meiereien optimal zu versorgen.

Alle Meiereiunternehmen sind ständig bemüht, Produktion und Absatz den Erfordernissen des Marktes, den Wünschen des "Königs Kunde" anzupassen und das Angebot nach modernen Grundsätzen des Marketing anzubieten. Die Produkte werden mit einem ganzen Bündel von Dienstleistungen, wie Regalbeschickung, Sortimentskontrolle, Verkaufsberatung, Verkaufsfaktionen usw. bis in die Einkaufstasche der Hausfrau begleitet. Die Lage unserer Milchwirtschaft wird in der EG der "Neun" nicht einfacher. Da der Druck der Importe aus den Partnerstaaten kaum nachlassen dürfte, müssen die Meiereien und ihre Absatzzentralen alle Kräfte zusammenfassen, um die hervorragende Stellung der Milchproduktion des "Landes zwischen den Meeren" im größeren gemeinsamen Markt zu festigen.

Genossenschaften in unserer Wirtschaftsordnung

Abschließend kann festgestellt werden, daß sich der Strukturwandel positiv auf die Leistungsfähigkeit der genossenschaftlichen Unternehmen auswirkt. Die Marktanteile haben sich auf allen Gebieten erhöht, ohne daß die Genossenschaften etwa nach Monopolen streben. Sie bejahen den Wettbewerb, der Kennzeichen unserer Wirtschaftsordnung ist.

So darf man sagen: Genossenschaften sind ein tragendes Element unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Deshalb muß gerade der Staat an ihrem Vorhandensein in besonderem Maße interessiert sein. Mit Beginn des Jahres 1974 ist eine umfassende Novelle zum Genossenschaftsgesetz in Kraft getreten. Bei ausgewogener Anwendung des neuen Gesetzes wird die Unternehmensform "Genossenschaft" auch in Zukunft prädestiniert sein, ihren

Mitgliedern - die Anteilseigner und Kunden zugleich sind - echte wirtschaftliche Anteile zu bieten, die auch den veränderten und gewachsenen Anforderungen der modernen Geld- und Warenmärkte gerecht werden.

In diesem Sinne ist das Marktstrukturgesetz aus dem Jahre 1969 bereits genutzt worden. Der Raiffeisenverband Kiel betreut gegenwärtig in der Getreidewirtschaft 39 Zusammenschlüsse, in der Viehwirtschaft 2 Erzeugergemeinschaften, die auf Landesebene tätig sind; in der Milchwirtschaft haben sich

15 Meiereigenossenschaften als Erzeugergemeinschaften anerkennen lassen; in der Fischwirtschaft 11 Fischergenossenschaften. Auch der Nordmark-Ei-Gesellschaft ist eine Liefergemeinschaft als Erzeugergemeinschaft vorgeschaltet. Auf dem Gebiet der Kartoffelwirtschaft ist ebenfalls eine Erzeugergemeinschaft über das ganze Land hin tätig. Die Veiling Hamburg schließlich ist als Erzeugerorganisation nach der EWG-Verordnung 159/66 anerkannt.

Dr. Dietrich Hill

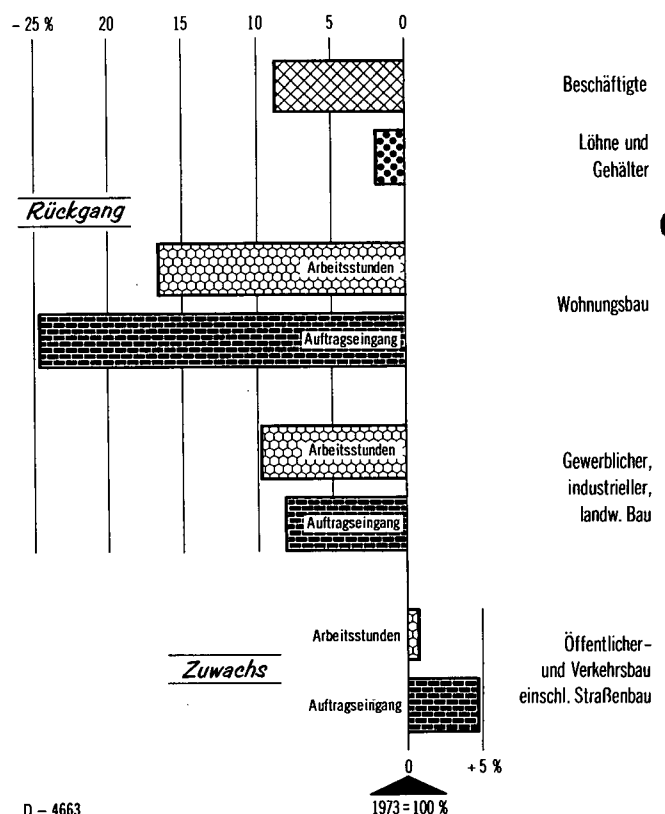
Baugewerbe am Wendepunkt ?

Beschäftigtenbestand im Bauhauptgewerbe um rund ein Zehntel reduziert

Nachdem in den letzten Jahren die Beschäftigungslage im Bauhauptgewerbe auf hohem Niveau ziemlich stabil gewesen war, ist 1974 ein beträchtlicher Rückgang der Beschäftigung unübersehbar; um Jahresfrist, d. h. vom 30.6.1973 bis 30.6.1974, verloren rund 6 000 Beschäftigte (- 9,4%) ihren Arbeitsplatz. Bis zum Jahresende 1974 hat sich der Abbau der Beschäftigung fortgesetzt (letzter Stand November 1974: 52 529). Verminderte Auftragsgänge und rückläufige Auftragsbestände als Folge abgeschwächter Baunachfrage, möglicherweise durch saisonbedingte Witterungseinflüsse verstärkt, können ein weiteres Absinken der Beschäftigung in den ersten Monaten 1975 bewirken. Es ist die Frage, wieweit der kontraktive Anpassungsprozeß weiterlaufen und auf welchem Beschäftigungsniveau er sich stabilisieren wird. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß zumindest im Wohnungsbau das hohe Niveau der vorhergehenden Periode vorerst nicht wieder erreicht werden wird. Steigende Nachfrage im vorwiegend durch öffentliche Auftraggeber beeinflussten Tiefbau wird die Arbeitsplatzverluste im Hochbau (insbesondere Wohnungsbau) kaum kompensieren können, da das Beschäftigten-gewicht in diesen Branchen nur ungefähr halb so groß wie im Hochbau ist. Der hohe Mechanisierungsgrad im Tiefbau läßt eine merkbliche Steigerung der Bauleistung über bessere Ausnutzung der vorhandenen Maschinenkapazität zu, bei relativ geringer Zunahme des Arbeitskräftebestandes. Diese Aussagen werden gestützt durch die tatsächliche Entwicklung von 1973 auf 1974 (Stand jeweils

30.6.): Im Hochbau ging die Beschäftigtenzahl absolut und relativ am stärksten zurück, er verlor in einem Jahr mit 4 350 Personen fast 14% seiner Beschäftigtenzahl, im Tiefbau dagegen wurden nur knapp 500 oder 6,4% der Beschäftigten entlassen, im Straßenbau

Veränderungen im Bauhauptgewerbe 1974 gegenüber 1973 vom Januar bis November



D - 4663

waren es 240 Arbeitskräfte, was einem Rückgang von nur 2,6% entspricht.

Daß in Zeiten abnehmender Beschäftigung weniger qualifizierte Hilfskräfte zuerst entlassen werden, hat sich erneut bestätigt: der Rückgang der Hilfskräfte gegenüber dem Vorjahr belief sich auf 14%. Bei längerfristiger Betrachtung macht sich hier auch eine Strukturkomponente bemerkbar; seit 1970 ist die Zahl der Hilfskräfte (Fachwerker und Werker) ständig, insgesamt um etwa 4 500 (- 26%), vermindert worden. Bei den Facharbeitern war von 1970 bis 1973 eine leicht steigende Tendenz vorhanden; hier trat der Umschwung erst im letzten Jahr ein, und zwar in einem Ausmaß von rund 3 500 Facharbeitern (- 11%), was die Bauwirtschaft zu der besorgten Frage veranlaßt hat, ob die verlorenen Fachkräfte bei ansteigender Baukonjunktur wieder zurückgewonnen werden können. Etwas erfreulicher stellt sich die Nachwuchssituation dar; bei etwa gehaltenem Bestand von 1970 bis 1972 ist im Berichtsjahr 1974 - abweichend von den anderen Beschäftigtenkategorien - ein kleiner Zuwachs festzustellen. Die aus längerfristigen Strukturwandlungen resultierende deutliche Zunahme der Angestellten (technische und kaufmännische) ist im Berichtsjahr zum Stillstand gekommen. Zu bemerken ist ferner, daß der größte (relative) Rückgang die ausländischen Arbeitnehmer im Bauhauptgewerbe getroffen hat, ihre Zahl ging innerhalb eines Jahres um gut ein Viertel auf 1 900 zurück.

Von den 2 473 bauhauptgewerblichen Betrieben (am 30. 6. 1974) waren die Inhaber von 2 068 Betrieben in die Handwerksrolle eingetragen. In diesen Betrieben waren 41 465 Personen beschäftigt, das sind 4 400 oder 10% weniger als am 30. 6. 1973. Zur Bauindustrie rechneten sich die übrigen 405 Betriebe mit 15 421 Beschäftigten, das sind knapp 1 500 oder

8,7% weniger als ein Jahr zuvor. Der Beschäftigtenrückgang war somit in den handwerklichen Betrieben etwas größer als in der Bauindustrie, während sich der Betriebsbestand in der Bauindustrie (- 25 Betriebe) relativ stärker als im Bauhandwerk (- 28) verminderte.

Beschäftigtenstruktur

Auch nach einem Verlust von 3 650 Fachkräften seit dem 30. 6. 1973 bleiben die gelernten Kräfte in der Beschäftigtenstruktur des Bauhauptgewerbes bestimmend. Ihr Anteil ist zwar leicht auf 56,1% (gegenüber 56,7% im Vorjahr) zurückgegangen, aber infolge des überdurchschnittlichen Abbaus von Hilfskräften (Fachwerker und Werker) um 14,2% gegenüber dem 30. 6. 1973 ist in der gesamten Beschäftigtenstruktur noch keine gravierende Veränderung zu erkennen. In einigen Gruppen der Fachkräfte, etwa bei den Hilfspolieren und Hilfsmeistern, den Zimmerern und "sonstigen Facharbeitern" (Kran- und Baggerführer, Schlosser) hat sich ihr Anteil sogar leicht erhöht, was für eine Verbesserung der Beschäftigtenstruktur spricht. Dieselbe Tendenz wird auch bei den Angestellten (einschließlich Poliere und Meister) deutlich; trotz rückläufiger Bestandszahlen hat sich ihr Gewicht von 12% (1973) auf 13,1% am 30. 6. 1974 erhöht. Bemerkenswert ist hier, daß die Zahl der technischen Angestellten - wie die der gewerblich Auszubildenden - auch noch im letzten Jahr zugenommen hat. Der starke Zuwachs an technischen Ange-

Beschäftigtenstruktur im Bauhauptgewerbe

Stellung im Betrieb	30.6.1965		30.6.1973		30.6.1974	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Tätige Inhaber, Mitinhaber ¹	2 806	4,0	3 008	4,8	2 921	5,1
Angestellte (kaufmännische und technische)	4 122	5,9	5 648	9,0	5 596	9,8
Angestellte Poliere und Meister	1 588	2,3	1 899	3,0	1 873	3,3
Hilfspolier, Hilfsmeister ²	3 650	5,2	3 619	5,8	3 469	6,1
Maurer ³	15 728	22,5	13 816	22,0	11 892	20,9
Betonbauer ³	1 069	1,5	1 605	2,6	1 182	2,1
Zimmerer ³	5 553	7,9	4 781	7,6	4 390	7,7
übrige Baufacharbeiter ³	3 594	5,1	3 820	6,1	3 469	6,1
sonstige Facharbeiter	5 770	8,2	7 947	12,7	7 536	13,2
Facharbeiter ³ z u s .	31 714	45,3	31 969	50,9	28 469	50,0
Hilfskräfte ⁴	22 055	31,5	14 839	23,6	12 730	22,4
Gewerblich Auszubildende	4 080	5,8	1 810	2,9	1 828	3,2
Beschäftigte insgesamt	70 015	100	62 792	100	56 886	100

1) einschließlich unbezahlte mithelfende Familienangehörige

2) Tarifberufsgruppe I und II

3) Tarifberufsgruppe IIIa - c

4) Tarifberufsgruppe IV und V

Entwicklung im Bauhauptgewerbe 1970 - 1974

nach Totalerhebungen jeweils am 30. 6.

Betriebe	Beschäftigte insgesamt	darunter				
		Ange-stellte ¹	Fach-arbeiter ²	Fach-werker und Werker ³	gewerblich Auszubildende	
1970	2 436	63 778	4 781	31 675	17 281	1 798
1971	2 415	64 161	5 065	31 779	16 996	1 774
1972	2 379	62 777	5 143	31 292	16 019	1 763
1973	2 526	62 792	5 648	31 969	14 839	1 810
1974	2 473	56 886	5 596	28 469	12 730	1 828

1) kaufmännische und technische

2) Tarifberufsgruppe III a - c

3) Tarifberufsgruppe IV und V

stellten, und zwar um 50% seit 1965, weist ebenfalls auf eine Qualitätssteigerung im Arbeitskräftebestand hin. In die gleiche Richtung geht die Verminderung der Hilfskräfte, deren Anteil von 31,5% im Jahre 1965 auf nunmehr 22,4% geschrumpft ist, das sind über 9 000 Hilfskräfte weniger als vor etwa zehn Jahren.

Unterschiedliche Strukturen in den Baugewerbebranchen

Im bedeutendsten Baugewerbebranchen, dem Hochbau, der knapp die Hälfte aller Beschäftigten des Bauhauptgewerbes umfaßt, sind die Fachkräfte mit einem Anteil von 66% vorherrschend; hier werden auch die meisten gewerblichen Nachwuchskräfte des Bauhauptgewerbes ausgebildet; das waren über 1 200 von insgesamt 1 828 oder 4,4% aller Beschäftigten im Hochbau. Ihre Zahl hat im letzten Jahr sogar leicht zugenommen. Hilfskräfte sind im Hochbau mit einem Anteil von 12,1% unterdurchschnittlich vertreten, während etwa neun von zehn überhaupt in Betrieben des Bauhauptgewerbes arbeitenden Maurern im Hochbau tätig sind. Der Tiefbau hat eine ganz andere Beschäftigtenstruktur: die Hilfskräfte (Fachwerker und Werker) sind hier ebenso häufig wie die Fachkräfte, ihre Anteile liegen jeweils über 40%. Auszubildende hat der Tiefbau kaum (18 Personen).

Die meisten Beschäftigten im Straßenbau (44%) sind Hilfskräfte und nur etwas über 38% Fachkräfte, unter diesen spielen die Bauspezialisten wie Kran- und Baggerführer (rund 2 150 Beschäftigte) eine besondere Rolle. Sie sind für die Bedienung hochwertiger Baumaschinen unerlässlich und brauchen zur Ergänzung für die Produktion nur relativ niedrig qualifizierte Kräfte, die ausgesprochene Hilfsarbeiten in Verbindung mit der hochwertigen Technik zu erbringen haben. Auszubildende sind im Straßenbau fast genau so selten wie im Tiefbau.

In den Betrieben der Zimmerei und des Ingenieurholzbaues stellen die Zimmerleute, genau so wie die Maurer im Hochbau, die größte Gruppe dar; etwa vier von zehn Beschäftigten dieser Branche gehören dazu. Das Zimmerergewerbe steht hinsichtlich der Nachwuchslage an der Spitze; fast 13% aller Beschäftigten sind Auszubildende, das ist etwa das Vierfache der durchschnittlichen Häufigkeit von gewerblich Auszubildenden im gesamten Bauhauptgewerbe. Die auszubildenden Nachwuchskräfte für kaufmännische und technische Angestelltenberufe werden nicht gesondert erfaßt, sie sind in den entsprechenden Angestelltendaten enthalten.

Gerätebestand stagniert

Im zurückliegenden Jahrzehnt ist der Gerätebestand - fast ausnahmslos - von Jahr zu Jahr aufgestockt worden. Gleichzeitig wurden technisch oder ökonomisch überholte Geräte (z. B. Muldenkipper und Feldbahnen) durch leistungsfähigere ersetzt. So lösten zunächst Förderbänder die über Jahrhunderte gebräuchlichen Holzleitern ab, heute treten an die Stelle des Förderbandes schon mehr und mehr Bauaufzüge und Turmdrehkrane sowie Auto- und Mobilkrane. Änderungen im Produktionsverfahren wirken sich ebenfalls auf die Geräteausstattung aus. Der schon fast als klassisch anzusprechende kleinere und mittlere Betonmischer, der noch vor einigen Jahren zum Standardgerät auf jeder Baustelle gehörte, wird durch die schnell angestiegene Verwendung von Transportbeton weitgehend ersetzt. Das Tempo dieses substitutionalen Prozesses wird deutlich, wenn man feststellt, daß die Herstellung von Transportbeton - die Produktionsmengen sind mit den verbrauchten Mengen gleichzusetzen - von 317 000 cbm im Jahre 1965 auf rund 1,2 Mill. cbm im Jahre 1973, also auf fast das Vierfache, zugenommen hat. Die zunehmende Verwendung von vorgefertigten Bauteilen, der Übergang zur Montage kompletter Wand- und Deckenelemente bis hin zum Fertigbau, schaffen eine neue Qualität des Bauens, was selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Geräteausstattung bleibt. Weitere Beispiele dieser Art kann jeder am Baugeschehen Interessierte leicht finden. Zusammenfassend läßt sich wohl sagen, daß nicht nur die absolute Vermehrung, sondern noch mehr die qualitative Verbesserung der Zusammensetzung der Geräteausstattung ein erhöhtes Leistungspotential bewirkt haben. Die "Geräteverfügbarkeit" je Beschäftigten - ein Ausdruck für die Leistungsmöglichkeit - ist in den vergangenen Jahren ständig größer geworden. Beispielhaft sei dazu bemerkt, daß 1965 für 20 Beschäftigte ein Lastkraftwagen zur Verfügung stand, während 1974 das bereits für 11 Beschäftigte der Fall war. Bei Betonmischern entfielen 1965 etwa 12, aber 1974 nur noch 9 Beschäftigte auf eine Geräteeinheit. Der Bestand (Eigentum) an Lastkraftwagen, Betonmischern, Planiertrauen und einigen anderen Geräten hat zwar von 1973 auf 1974 nicht mehr zugenommen, zum Teil ist er sogar leicht zurückgegangen, aber wegen des gleichzeitigen Personalabbaues hat sich die Relation "Beschäftigte je Geräteeinheit" verbessert. Dies ist in der augenblicklichen Lage unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten keineswegs nur positiv zu beurteilen, da ungenutzte Gerätekapazitäten die ohnehin angespannte Kostensituation verschärfen können. Volkswirtschaftlich gesehen bleibt für einige Zeit die vorhandene Geräte-

und Arbeitskräftereserve aktivierbar, falls sich die Baukonjunktur wieder beleben sollte; ein stagnierender oder gar leicht rückläufiger Gerätebestand muß noch nicht als ein alarmierendes Zeichen gewertet werden, wenn es nicht zu einem langfristigen Kapazitätsabbau kommt. Andererseits bedeutet Stillstand in einer sich schnell wandelnden Technik bereits Rückschritt mit der möglichen Folge relativer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit.

Gerätebestand im Bauhauptgewerbe
im Eigentum befindliche, ausgewählte Geräte

	30.6. 1965	30.6. 1973	30.6. 1974	Veränderung
Betonmischer	5 952	6 592	6 319	- 273
Transportmischer und Agitatoren	.	64	54	- 10
Turmdrehkrane	400	869	876	+ 7
Mobil- und Autokrane	28	117	166	+ 49
Förderbänder	1 391	1 505	1 600	+ 95
Lastkraftwagen	3 447	(5 012)	4 939	- 73
Vorderkipper, Dumper	373	562	525	- 37
Universalbagger	1 512	2 055	1 990	- 65
Planterraupen	728	764	631	- (133)
Lader	225	529	719	+ (190)
Straßenhobel (Grader)	103	152	118	- 34
Fertiger für Schwarzdecken	220	206	183	- 23
Kompressoren	640	1 171	1 260	+ 89
Stahlrohrgerüste (t)	3 571	7 766	8 163	+ 397

Für die Geräteerhebung zum 30.6.1974 wurde eine neue Auswahl getroffen, und die erfaßten Geräte wurden nach den Baugerätelisten-Nummern spezifiziert. Damit sind einige Vergleichsstörungen eingetreten.

Befürchtungen, daß Baukapazität unwiederbringlich verlorengehen könnte, sind in dieser Schärfe wohl nicht angebracht. Sicher werden im Zuge der Anpassungsprozesse an eine niedrigere Bauleistungsnachfrage Betriebsstätten oder Bauunternehmen geschlossen werden, aber auch dieser Ausfall an Baukapazität ist bei näherem Hinsehen nicht so vollständig und unwiderruflich, wie es auf den ersten Blick scheint. Bei kurzfristiger Anpassung an schlechtere Marktverhältnisse werden zuerst Arbeitskräfte, und zwar in der Regel die weniger leistungsfähigen freigesetzt, ein endgültiger Kapazitätsverlust tritt aber umso weniger ein, je mehr die Unternehmer der Meinung sind, daß es sich lediglich um vorübergehende Marktstörungen handelt. Die technische Kapazität, bestehend aus Baumaschinen und Geräten, bleibt in einer solchen Lage vorerst erhalten. Allerdings sind Beeinträchtigungen der Investitionsneigung¹ zu

1) Vergleiche auch Aufsatz "Investitionen im Baugewerbe 1973" in dieser Zeitschrift 1975, S. 13 (Januar)

erwarten; kapazitätserweiternde Investitionen werden auf jeden Fall unterlassen, Rationalisierungsinvestitionen unter Umständen verzögert, was natürlich mittel- und langfristige Konsequenzen hat.

Auftragsentwicklung signalisierte frühzeitig Konjunkturwende

Der Umschwung in der Bauwirtschaft deutete sich in den Auftragseingängen bereits vor etwa einem Jahr an. Während einige Indikatoren wie Beschäftigte und geleistete Arbeitsstunden lediglich Stagnation auf hohem Niveau anzeigten, andere wie Umsätze, Löhne und Gehälter aber noch deutlich aufwärts gerichtet waren, lagen die Auftragseingänge im Wohnungsbau im Zeitraum Januar bis Oktober 1973 nominal schon 5% - und real um mindestens 10% - niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Ein kräftiger Auftragszuwachs im öffentlichen und Verkehrsbau (einschließlich Straßenbau) von 17% (nominal) bewirkte, daß die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe den Wert der vergleichbaren Vorperiode noch um 5% überschritten. Genau genommen handelt es sich um die Auftragseingänge und Auftragsbestände der in Schleswig-Holstein ansässigen Baubetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten; für die kleineren Baubetriebe sind Daten nicht erhoben worden. Bei den Auftragsbeständen setzte der Abbau in der zweiten Jahreshälfte 1973 ein; von dem - vor Einsetzen der restriktiven Maßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank - recht hohen Auftragsbestand von fast 1,4 Milliarden DM per 30.6.1973 sind bis 30.9.1974 über 350 Mill. DM "aufgearbeitet" worden. Dabei ist der Auftragsbestand im Wohnungsbau von 610 Mill. DM (30.6.1973) auf 367 Mill. DM oder um 40% zurückgegangen, im gewerblichen und industriellen Hochbau hat sich der Auftragsbestand sogar auf weniger als die Hälfte reduziert. Etwas erfreulicher sieht die Auftragslage im Tiefbau aus: im Straßenbau und im gewerblichen Tiefbau (hier allerdings durch Sonderfaktoren beeinflusst) sind die Auftragsbestände am 30.9.1974 nominal höher als am 30.6.1973 und auch am 30.9.1973. Als ein kleiner Lichtblick könnte der leichte Auftragszuwachs für den Hochbau im Oktober 1974, der durch verstärkte Auftragsvergaben von Gebietskörperschaften ausgelöst wurde, angesehen werden. Es ist hier noch einmal zu betonen, daß bei merklicher Preissteigerung die reale Veränderung der Größen anders verläuft als die wertmäßige. (Der reale Zuwachs ist um die Preissteigerungsrate kleiner, der reale Rückgang um die Preissteigerungsrate größer als die nominale Veränderung.) Für die Beschäftigung

WOHNUNGEN IM BUNDESGBIET 1972

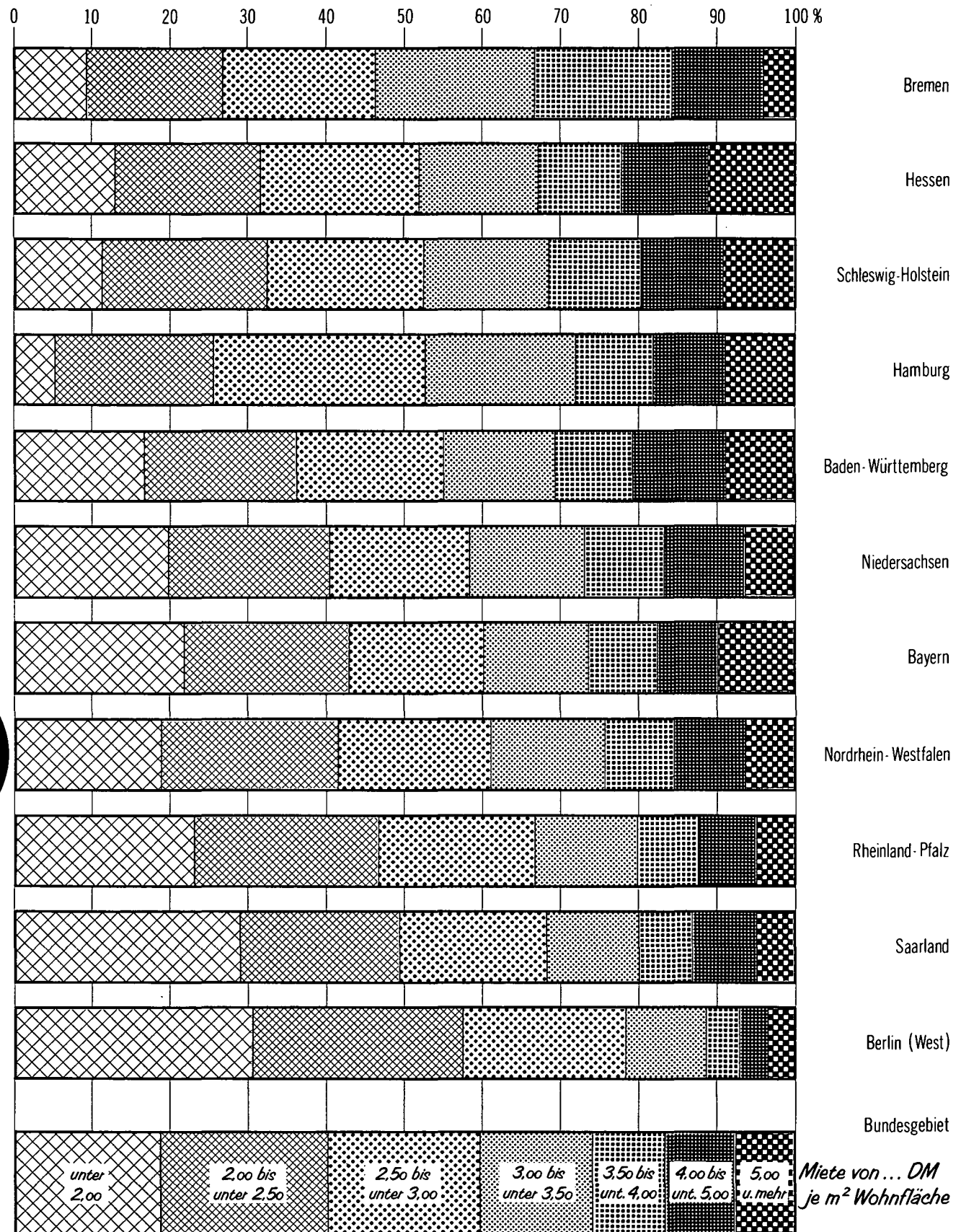
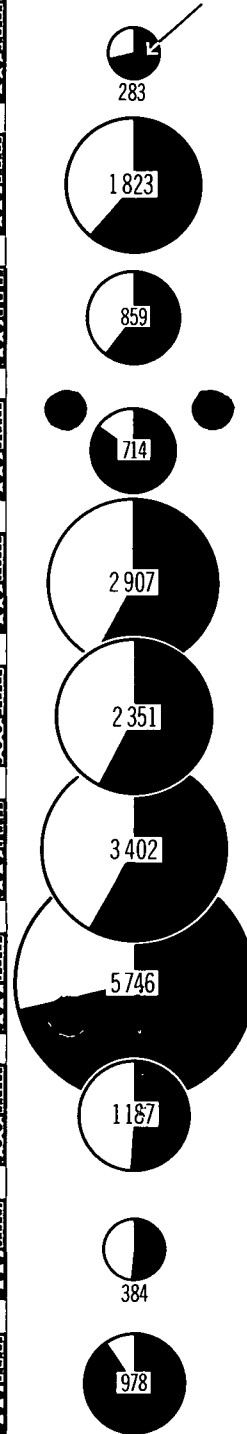
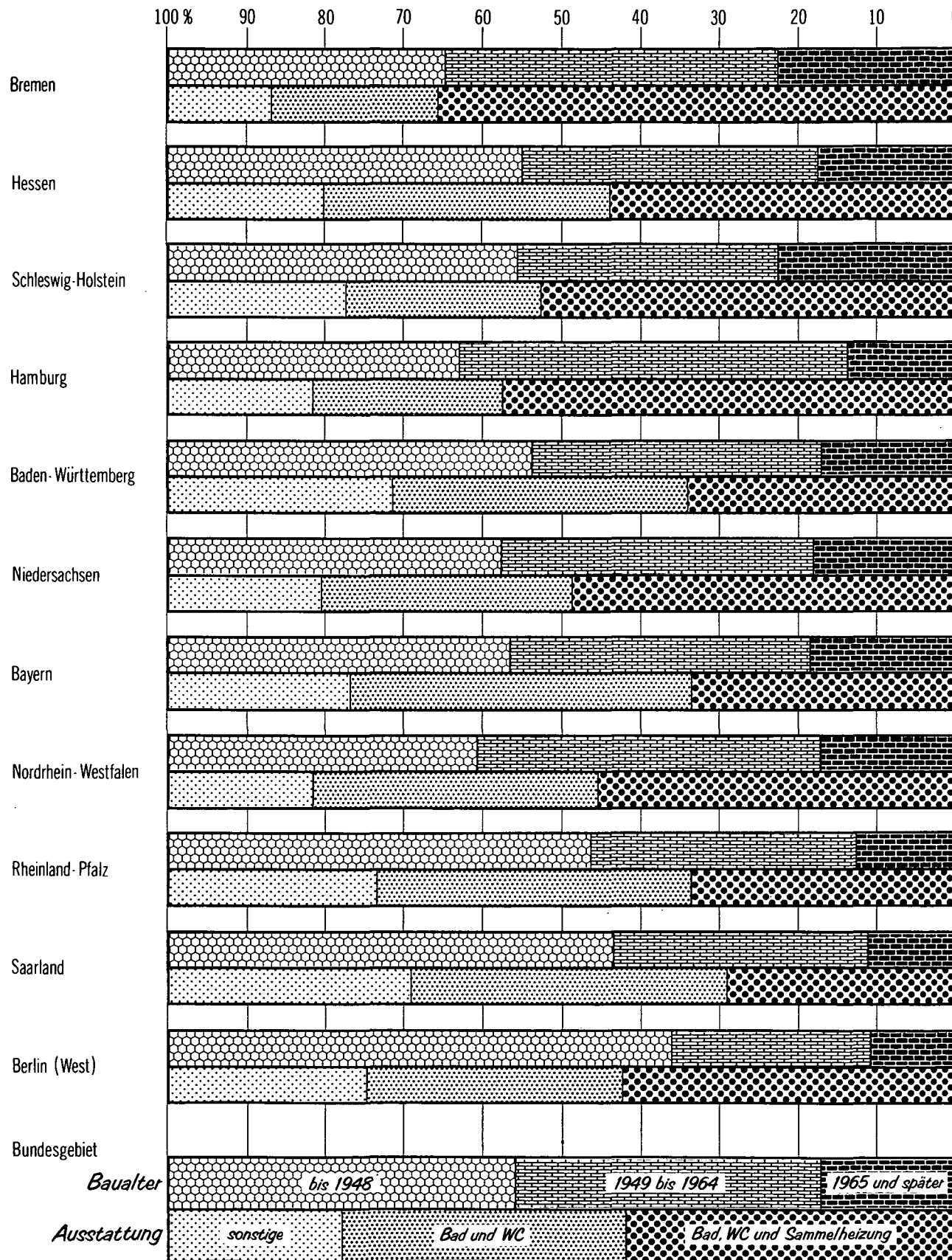
Bewohnte Miet- und Eigentümerwohnungen nach Baualter und Ausstattung

Bewohnte Wohnungen

insgesamt (in Tsd.)

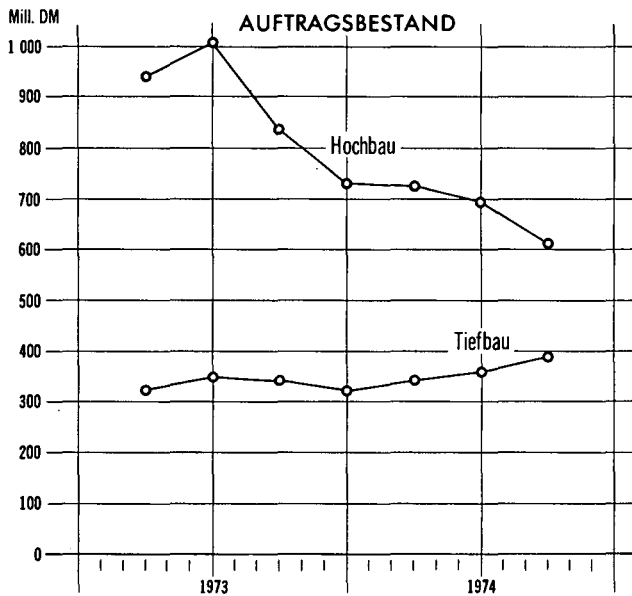
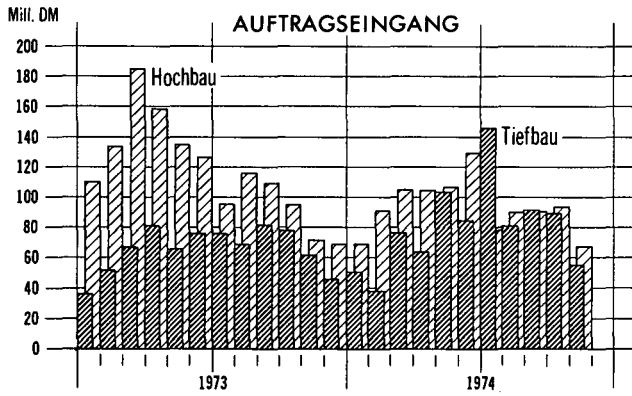
und Anteil der Mietwohnungen

Bewohnte Mietwohnungen nach Mietpreisklassen



Miete von ... DM je m² Wohnfläche

Die Auftragslage im Hoch- und Tiefbau in den Jahren 1973/74



ist jedoch die reale Entwicklung maßgebend, mit anderen Worten: den Bauunternehmer interessiert in erster Linie, ob er im nächsten

halben Jahr mehr oder weniger Einfamilienhäuser, Wohnungen, Schulen oder Straßenkilometer fest in seinem Auftragsbuch zu stehen hat, denn die Zahl seiner Arbeitskräfte und sein Gerätebestand sind reale Größen.

Ausbaugewerbe noch gut beschäftigt

Aktuelle Daten für das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe (Wirtschaftsunterabteilung 31) sind im Vergleich zum Bauhauptgewerbe weniger reichlich verfügbar. Aus der auf Stichprobensbasis durchgeführten vierteljährlichen Handwerksberichterstattung gibt es lediglich (seit 1970) Ergebnisse, die über Beschäftigten- und Umsatzentwicklung Auskunft geben. Danach liegt der Beschäftigtenbestand Ende September 1974 mit rund 23 300 Personen zwar etwas niedriger (- 2,5%) als Ende September 1973, aber immer noch höher als im Mittel der Jahre 1972 und 1973. Selbstverständlich unterliegt auch im Ausbaugewerbe die Beschäftigung saisonalen Schwankungen, sie sind aber weniger ausgeprägt. In der Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei ist die Beschäftigtenentwicklung bis zum September 1973 ausgesprochen positiv verlaufen; erst danach geht die Beschäftigung langsam zurück, und zwar um gut 4% bis Ende September 1974.

Verhältnismäßig stabil ist die Beschäftigungslage in der Elektroinstallation, während in der Klempnerei-, Gas- und Wasserinstallation sich ein leicht rückläufiger Trend abzeichnet.

Die Umsätze des gesamten Ausbaugewerbes lagen für das Jahr 1973 zwar um etwa 40% (nominal) höher als 1970, sind aber gegenüber 1972 nur um etwa 3,4% gewachsen, damit dürfte kaum noch eine reale Umsatzsteigerung eingetreten sein. Nach den bisher vorliegenden

Beschäftigten- und Umsatzentwicklung¹ im Ausbaugewerbe
1970 = 100

	Ausbau- und Hilfsgewerbe insgesamt		darunter							
	Beschäftigte	Umsatz	Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation		Elektroinstallation		Maler, Tapetenkleber		Fußboden-, Fliesen- und Plattenleger	
	Beschäftigte	Umsatz	Beschäftigte	Umsatz	Beschäftigte	Umsatz	Beschäftigte	Umsatz	Beschäftigte	Umsatz
1972 Jahresdurchschnitt	98,2	135,3	98,7	132,6	97,5	129,6	96,5	133,6	106,9	159,1
1973 "	98,5	139,9	96,1	134,5	94,8	127,7	98,1	141,8	115,4	175,4
1. Vj. 1973	97,6	107,5	95,1	102,1	93,1	102,0	98,1	108,8	114,8	127,3
2. Vj. 1973	95,7	128,3	92,9	126,7	89,9	114,0	96,3	135,2	116,7	148,9
3. Vj. 1973	102,9	145,9	100,9	129,2	97,6	134,4	104,0	154,1	117,5	187,3
4. Vj. 1973	97,6	178,0	95,6	179,9	98,7	160,3	94,1	169,1	112,4	238,1
1. Vj. 1974	96,9	100,2	92,9	91,6	97,8	100,7	94,0	102,8	115,4	112,8
2. Vj. 1974	95,8	127,6	90,3	130,8	93,7	115,5	96,9	135,2	109,5	128,7
3. Vj. 1974	100,3	141,2	95,7	133,6	98,7	123,0	101,0	151,6	112,3	175,5

1) Bruttoumsätze, d. h. einschließlich Mehrwertsteuer

Ergebnissen für die ersten drei Vierteljahre ist für das volle Jahr 1974 im günstigsten Fall mit einer nominalen Veränderungsrate zu rechnen, die sich um Null bewegt. Wahrscheinlicher ist, daß sie sogar leicht negativ ausfällt. Von dieser Entwicklung wird auch das Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegergewerbe nicht ausgenommen bleiben; seine Umsätze sind zwar von 1972 auf 1973 um etwa 10% (nominal) gewachsen, was noch eine reale Umsatzsteigerung einschließt, aber für 1974 wird auch die nominale Umsatzzuwachsrate mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit negativ ausfallen, denn für die ersten drei Vierteljahre 1974 ergibt sich bereits eine nominale Umsatzeinbuße von fast 10% (gegenüber vergleichbarer Vorperiode 1973). Auch bei der sehr optimistischen Annahme, daß die Umsätze im 4. Vierteljahr 1974 den hohen Wert des 4. Vierteljahres 1973

erreichen, ist mit einem wertmäßigen Rückgang um 6% bis 7% für den Jahresumsatz 1974 zu rechnen.

Bei noch stabiler Beschäftigungslage deutet sich aus dem erkennbar schrumpfenden Umsatzvolumen eine Tendenzwende auch im Ausbaugewerbe an. Die Konjunkturabschwächung folgt, wegen der technischen Abhängigkeit des Ausbaugewerbes von den fertiggestellten Rohbauten, der Entwicklung im Bauhauptgewerbe mit zeitlicher Verzögerung. Sie muß auch nicht so tiefgreifend wie im Bauhauptgewerbe sein, da nicht nur Neubauten auszubauen sind, sondern Modernisierungsarbeiten an vorhandenen Altbauten einen Beschäftigungsausgleich eher ermöglichen als im Bauhauptgewerbe.

Siegfried Schwarz

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht F 11

Das Einkommen der Körperschaften und seine Besteuerung im Jahre 1971

Ergebnis der Körperschaftsteuerstatistik

Für das Jahr 1971 ist in der Bundesrepublik Deutschland wiederum eine Körperschaftsteuerstatistik aufbereitet worden. Sie ist die zweite der drei Statistiken vom Einkommen, deren Durchführung vom Gesetzgeber für das Jahr 1971 angeordnet worden ist und deren Ergebnis hier veröffentlicht wird. Über die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ist an dieser Stelle bereits berichtet worden¹. Dagegen liegen aus der Besteuerung der übrigen Einkünfte der natürlichen Personen (Einkommensteuerstatistik) Zahlenangaben bisher noch nicht vor.

Die Körperschaftsteuer wird von den juristischen Personen des Privatrechts erhoben, insbesondere von den Kapitalgesellschaften und Genossenschaften; daneben unterliegen auch die gewerblichen Betriebe von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie in besonderen Fällen nicht rechtsfähige Personen und Sachvereinigungen der Körperschaftsteuerpflicht. Besteuert werden die Einkommen der genannten Körperschaften, wie sie sich aus dem Gewinn laut Steuerbilanz ergeben.

Hauptergebnisse

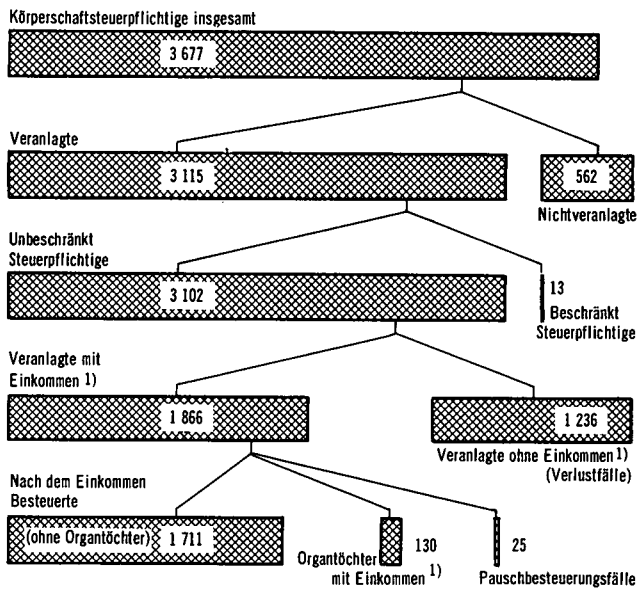
Im Jahre 1971 gab es in Schleswig-Holstein 1 711 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen mit Einkommen, die unbeschränkt zur Körperschaftsteuer herangezogen wurden (ohne Organtöchter² und Pauschbesteuerungsfälle). Ihr Einkommen belief sich auf gut 346 Mill. DM. Es war damit um 9% geringer als im Jahre 1968. Dagegen erhöhte sich ihre Anzahl seitdem um 188. Dies hatte zur Folge, daß sich das Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigen rechnerisch von 250 200 DM im Jahre 1968 auf 202 400 DM im Jahre 1971 verminderte, was einer Abnahme um 19% innerhalb von drei Jahren entspricht. Die Einkommensentwicklung der in Schleswig-Holstein ansässigen Körperschaften ist also im Berichtszeitraum im allgemeinen recht ungünstig verlaufen, wenn man sie beispielsweise - unbeschadet aller methodischen Einwände gegen einen solchen Vergleich - mit den Bruttolöhnen der Arbeitnehmer vergleicht, die in derselben Zeit um nicht weniger als 45% je Steuerfall zugenommen haben.

1) siehe "Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer und ihre Besteuerung im Jahre 1971" in dieser Zeitschrift 1974, S. 157 ff. (Juli)

2) siehe hierzu den folgenden Abschnitt "Organgesellschaften"

Die Zusammensetzung der Körperschaftsteuerpflichtigen

einschließlich Organgesellschaften 1971



1) bei Organtöchtern mit Gewinnabführungsvertrag:
nach Hinzurechnung des der Organmutter zuzurechnenden Einkommens

D - 4659

Auf das positive Einkommen der unbeschränkt Steuerpflichtigen war im Jahre 1971 eine Körperschaftsteuer in Höhe von 124,1 Mill. DM zu entrichten. Außerdem mußten die Körperschaften 3,7 Mill. DM Ergänzungsabgabe an die Finanzämter abführen. Unter Ausklammerung der Organtöchter ermäßigte sich die durchschnittliche effektive Steuerbelastung des Einkommens auf 35,9%, wenn man die Ergänzungsabgabe außer Ansatz läßt. Im Jahre 1968 hatte die durchschnittliche Steuerlastquote unter derselben Voraussetzung noch 38,9% betragen. Die erhebliche Abnahme der Quote geht bei gegenüber 1968 unverändertem Tarif hauptsächlich auf das spürbare Sinken der mit 51% zu versteuernden einbehaltenen Gewinne der anonymen Kapitalgesellschaften zurück.

Bei 1 180 Körperschaften (ausgenommen Organtöchter) ergab die Veranlagung einen Verlust, der sich auf 246 Mill. DM belief. Dies ist ein um 18% geringerer Betrag als 1968, obwohl die Zahl der Verlustfälle seitdem um über ein Drittel zunahm. Der durchschnittliche Verlust je Fall sank infolgedessen gegenüber 1968 ganz erheblich, nämlich von 342 200 DM auf 208 200 DM.

Im Pauschverfahren wurden 1971 nur 25 Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen besteuert. Das Verfahren kann gemäß § 21 KStG auf Steuerpflichtige angewandt werden, deren Einkommen offensichtlich gering ist. Wegen der Pauschalierung

Körperschaftsteuerpflichtige, Einkommen und Steuerschuld 1971

	Anzahl	Gesamt- betrag der Ein- künfte		
		in 1 000 DM		
		Ein- kommen	Steuer- schuld	
Unbeschränkt Steuerpflichtige ¹ nach dem Einkommen besteuert mit Pauschbesteuerung	1 711 25	354 249	346 251	124 149 100
Beschränkt Steuerpflichtige nach dem Einkommen besteuert	13	710	709	348
Steuerbelastete¹ zusammen	1 749	354 959	346 960	124 597
Verlustfälle ^{1 2}	1 180	-64 784	-245 723	-
Nv-Fälle	562	.	.	-
Außerdem Organtöchter mit Einkommen ³	130	69 404 ³	69 255 ³	119 ⁴
Organtöchter mit Verlust ³	56	-38 278	-39 151 ³	-
Veränderungen gegenüber 1968 in %				
Unbeschränkt Steuerpflichtige ¹ nach dem Einkommen besteuert mit Pauschbesteuerung	+ 12 - 56	- 8	- 9	- 16 + 33
Beschränkt Steuerpflichtige nach dem Einkommen besteuert	+ 30	+ 82	+ 82	+ 82
Steuerbelastete¹ zusammen	+ 70	- 8	- 9	- 16
Verlustfälle ^{1 2}	+ 35	- 13	- 18	.
Nv-Fälle	+ 178	.	.	-

1) ohne Organtöchter

2) nur unbeschränkt Steuerpflichtige; die beschränkt Steuerpflichtigen wurden nicht erfaßt

3) nach Hinzurechnung des dem Organträger zuzurechnenden Einkommens

4) nur auf das von der Organtochter zu versteuernde Einkommen

liegen Angaben über das Einkommen dieser Gesellschaften nicht vor. Die Steuerschuld dieser Kleinbetragsfälle wurde von den Finanzämtern auf insgesamt 100 000 DM festgesetzt; das sind im Durchschnitt nur 4 000 DM je Besteuerten.

13 Körperschaften unterlagen der beschränkten Steuerpflicht. Sie wiesen den Finanzämtern insgesamt ein Inlandseinkommen von 709 000 DM nach und hatten darauf eine Steuer von 348 000 DM zu zahlen. Wie auch schon bei früheren Erhebungen festgestellt wurde, handelt es sich bei den beschränkt Steuerpflichtigen überwiegend um Körperschaften oder Personenvereinigungen dänischen Rechts.

Organgesellschaften

Die oben dargestellten Hauptergebnisse enthalten nicht die Angaben derjenigen Körperschaften, die durch eine steuerlich anerkannte Organschaftsverbinding in ein sie beherrschendes Unternehmen derart eingegliedert sind, daß sie, obwohl juristisch selbständig, nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse wirtschaftlich, finanziell und

organisatorisch gesehen keinen eigenen Willen mehr haben. Ihre zusammengefaßte Darstellung mit den übrigen Steuerpflichtigen verbietet sich großenteils, seitdem die Voraussetzungen und Wirkungen der körperschaftsteuerlichen Organshaft durch Einfügung des § 7 a in das Körperschaftsteuergesetz 1969 gesetzlich festgelegt worden sind. Das Rechtsinstitut der Organshaft hatte auch schon vorher bestanden, jedoch war es im Gegensatz zum Gewerbesteuer- und Umsatzsteuerrecht nicht gesetzlich fixiert, sondern beruhte auf einem in langjähriger Rechtsprechung anerkannten Gewohnheitsrecht.

Die körperschaftsteuerliche Organshaft hat in erster Linie das Ziel, die mehrfache Belastung des Gewinnes mit Körperschaftsteuer bei Organtochter und Organmutter zu vermeiden. Insofern ist ihr Zweck ähnlich demjenigen des in § 9 KStG festgelegten Schachtelprivilegs. Das Schachtelprivileg erlaubt im Falle der Ineinanderschachtelung von Gesellschaften, daß Einkünfte, die bei der Untergesellschaft versteuert worden sind, bei der Ermittlung der Einkünfte der Obergesellschaft außer Ansatz bleiben. Die Organshaft geht nun insoweit noch über die Wirkung des Schachtelprivilegs hinaus, als das herrschende Unternehmen Verluste der Organtochter mit Gewinnen des Organträgers verrechnen kann und umgekehrt.

Durch das Einfügen des § 7 a in das Körperschaftsteuergesetz wird bei der steuerlichen Behandlung der Organtöchter vom bisherigen Rechtszustand in einigen Punkten abgewichen. So wird unter anderem nach neuem Recht der steuerliche Gewinn der Organtochter dem Organträger zugerechnet und von diesem versteuert, wogegen früher die Untergesellschaft einen Teil ihres Einkommens stets selbst zu versteuern hatte, insbesondere ihre nichtabzugsfähigen Ausgaben im Sinne des § 12 KStG. Dies hat für die Statistik zur Folge, daß Organtöchter mit eigenem zu versteuernden Einkommen von den Finanzämtern fast überhaupt nicht mehr gemeldet worden sind und die Steuerschuld dieser Gesellschaften im Jahre 1971 auf ein Minimum zurückgegangen ist. Um dennoch eine Vorstellung von der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Steuerpflichtigen zu bekommen, sind die Organtöchter in der Tabelle oben als "Außerdem-Posten" ausgewiesen, wobei ihr Einkommen ohne Berücksichtigung der Gewinnabführungspflichten dargestellt worden ist.

Nach Hinzurechnung des dem Organträger zuzurechnenden Einkommens wiesen im Jahre 1971 130 Organtöchter ein positives Einkommen von 69,3 Mill. DM aus. Weitere 56 Organtöchter waren Verlustfälle. Ihr negatives Einkommen betrug 39,2 Mill. DM.

Hieraus ergibt sich ein positives Durchschnittseinkommen von 532 700 DM und durchschnittlicher Verlust von 699 100 DM. Je Fall ist damit das positive Einkommen der Organtöchter um über zweieinhalbmal höher als das der vergleichbaren übrigen Körperschaften. Unter den Verlustfällen heben sich die Organgesellschaften sogar noch stärker von den "gewöhnlichen" Körperschaften durch die Höhe ihres negativen Einkommens ab.

Das Schachtelprivileg wird in Schleswig-Holstein nur von wenigen Steuerpflichtigen in Anspruch genommen. Die Finanzämter meldeten 24 Fälle, in denen Obergesellschaften insgesamt 13,9 Mill. DM bei der Ermittlung der Einkünfte vom Bilanzgewinn wegen Schachtelbeteiligung wieder absetzen konnten.

Abschreibungen, Sondervergünstigungen und Aufwendungen

Die Steuerbelastung der Körperschaften wird durch bestimmte Abschreibungen, Sondervergünstigungen und Aufwendungen erheblich ermäßigt. Der Gesetzgeber erlaubt, daß diese Vergünstigungen bereits vor Ermittlung des Bilanzgewinns gewinnmindernd zu berücksichtigen sind. Sie sind also in der Ausgangsgröße für die Berechnung des zu versteuernden Einkommens, dem Bilanzgewinn, nicht mehr enthalten und stellen sozusagen einen Vorwegabzug dar.

Sondervergünstigungen sind im Jahre 1971 von 224 Steuerpflichtigen (einschließlich der Verlustfälle und Organtöchter) in insgesamt 262 Fällen in Anspruch genommen worden. Der gewinnmindernde Betrag der Vergünstigungen erhöhte sich seit 1968 auf über das Viereinhalbfache und erreichte insgesamt 60 Mill. DM. Gut die Hälfte davon wurde von 150 Steuerpflichtigen aufgrund des § 3 des Zonenrandförderungsgesetzes von 1971 in Anspruch genommen. Die Vorschrift erlaubt steuerliche Sonderabschreibungen für im Zonenrandgebiet neu angeschaffte oder neu hergestellte Wirtschaftsgüter und steuerfreie Rücklagen. Im Jahre 1968 war dieses Gesetz noch nicht in Kraft, und damit waren diese Sondervergünstigungen in der Statistik damals nicht enthalten³. Auch die betragsmäßig ins Gewicht fallenden anderen Sondervergünstigungen wurden 1971 stärker in Anspruch genommen als drei Jahre zuvor. Dies gilt sowohl für die Bewertungsabschläge auf

³) Die Vorschriften über die steuerlichen Vergünstigungen im Zonenrandgebiet sind nicht neu. Sie waren nur bis 1971 nicht gesetzlich fixiert, sondern beruhten auf Verwaltungserlassen der Zonenrandländer

Die Sondervergünstigungen der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen
(einschließlich von Verlustfällen und Organgesellschaften)

Art der Sondervergünstigung	Rechtsgrundlage	Fälle		Betrag in 1 000 DM	
		1968	1971	1968	1971
Steuerfreiheit für Gewinne aus der Veräußerung bestimmter Anlagegüter	§ 6b EStG	19	20	3 490	13 969
Erhöhte Abschreibungen für Wohngebäude	§§ 7b, 54 EStG	41	34	797	882
Zuführung zur Rücklage für Preissteigerung	§ 74 EStG	2	4	10	98
Bewertungsabschlag für bestimmte ausländische Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens	§ 80 EStDV	19	31	4 461	5 632
Bewertungsfreiheit für bestimmte Schiffe und Luftfahrzeuge	§ 82f EStDV	5	4	4 057	6 921
Steuerliche Vergünstigungen gemäß Zonenrandförderungsgesetz	§ 3 Zonenrandförderungsgesetz	.	150	.	31 673
Sonstige Sondervergünstigungen		8	19	470	771
Insgesamt		94	262	13 285	59 946
darunter von Organtöchtern in Anspruch genommen		12	18	4 026	12 395

ausländische Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens gemäß § 80 EStDV wie auch für die Bewertungsfreiheit für Schiffe gemäß § 82 f EStDV und insbesondere für die Steuerfreiheit von Gewinnen aus der Veräußerung bestimmter Anlagegüter gemäß § 6 b EStG.

Unter den Abschreibungen machen, wie auch in den vorangegangenen Erhebungen festgestellt, die Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung gemäß § 7 EStG den größten Posten aus. Sie erhöhten sich im Vergleich zu 1968 um 20% auf 340 Mill. DM, wurden für 1 770 Steuerpflichtige (einschließlich Organgesellschaften und Verlustfälle) ermittelt und trugen zur Steuerentlastung in erheblichem Umfange bei. So ergab sich allein bei den mit positivem Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen (ohne Organtöchter) durch die genannten Absetzungen eine Minderung des Bilanzgewinns um 194 Mill. DM. Unter Einbeziehung der oben erwähnten Sondervergünstigungen bedeutet dies eine Reduzierung

des Bilanzgewinns dieser Körperschaften um weit über die Hälfte.

Als Betriebsausgaben abzugsfähig und damit ebenfalls nicht mehr im erklärten Bilanzgewinn enthalten waren außerdem 36,5 Mill. DM, die als Aufwendungen besonderer Art Berücksichtigung fanden. Sie bestehen zu 94% aus Zuführungen zur Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gemäß § 6 a EStG; ihr Umfang hat sich seit 1968 fast verdoppelt. Die Zuwendungen an Pensionskassen und Unterstützungskassen nach dem Zuwendungsgesetz von 1952 haben dagegen weiter an Bedeutung verloren. Ihr Anteil an allen Aufwendungen besonderer Art ging von 17% im Jahre 1968 auf 6% im Jahre 1971 zurück. Die Gründe für die Entwicklung haben hauptsächlich rechtliche Ursachen. So erlaubt z. B. § 6 a EStG abzugsfähige Rückstellungen für zukünftige zur Zeit noch ungewisse Zahlungen unmittelbar an Pensions- und Unterstützungsempfänger, während solche Rückstellungen nach dem Zuwendungsgesetz nicht zulässig sind.

Aufwendungen besonderer Art der unbeschränkt Steuerpflichtigen

Art der Aufwendung	Fälle		Betrag in 1 000 DM	
	1968	1971	1968	1971
Zuführung zur Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gemäß § 6a EStG	194	201	17 624	34 230
Zuwendungen an Pensionskassen nach dem Zuwendungsgesetz	10	7	1 833	138
Zuwendungen an Unterstützungskassen nach dem Zuwendungsgesetz	25	25	1 729	2 164
Insgesamt	229	233	21 186	36 532
darunter von Organtöchtern aufgewandt	25	31	4 506	4 874

Vom Bilanzgewinn zum Einkommen

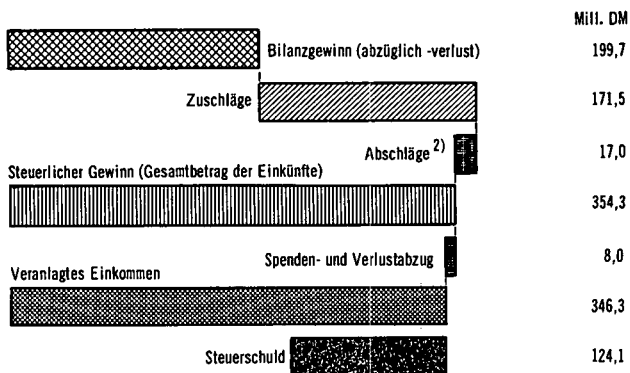
Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich ausnahmslos auf unbeschränkt steuerpflichtige

Körperschaften mit positivem Einkommen und enthalten nicht die Angaben der Organtöchter und Pauschbesteuerungsfälle. Die Organträger (-mütter) sind dagegen mit ihren Werten

Vom Bilanzgewinn zur Steuerschuld 1971

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige¹⁾

D - 4660



1) nur mit Einkommen Veranlagte (ohne Organtöchter und Pauschbesteuerungsfälle)

2) einschließlich Saldo aus Gewinn- und Einkommensübertragungen bei Organmüttern

einbezogen. Zur Feststellung des steuerlichen Gewinns waren dem Bilanzgewinn entsprechend den Bestimmungen des Steuerrechts gewisse Aufwendungen hinzuzurechnen (Zuschläge zum Bilanzgewinn). Es handelt sich hierbei um nichtabzugsfähige Betriebsausgaben, die bei der Berechnung des Bilanzgewinns zunächst gewinnmindernd berücksichtigt worden waren. Von dem um die Zuschläge ergänzten Bilanzgewinn sind dann noch verschiedene Abschläge zulässig, bis sich aus dem Gewinn der Unternehmen dasjenige Einkommen ergibt, das der Besteuerung unterworfen wird.

Die Entwicklung des Einkommens aus dem Bilanzgewinn¹⁾

	Steuerpflichtige		Betrag in Mill. DM		Veränderung in %
	1968	1971	1968	1971	
Bilanzgewinn	1 462	1 630	207,9	202,3	- 3
Bilanzverlust	61	81	1,8	2,6	+ 48
Summe	1 523	1 711	206,2	199,7	- 3
+ Zuschläge	1 523	1 494	194,8	171,5	- 12
- Abschläge	106	105	15,6	17,8	+ 14
Es verbleiben	1 523	1 711	385,4	353,4	- 8
+ Saldo aus Gewinn- und Einkommensübertragungen bei Organträgern ²⁾	1	60	0,7	0,8	.
Steuerlicher Gewinn (Gesamtbetrag der Einkünfte)	1 523	1 711	386,1	354,2	- 8
- Spendenabzug	445	438	2,7	2,0	- 26
- Verlustabzug	140	148	2,2	6,0	+ 167
Einkommen	1 523	1 711	381,1	346,3	- 9
- Im Gewinn enthaltene Kapitalerträge	14	5	0,0	0,0	- 54
Zu versteuerndes Einkommen	1 523	1 711	381,1	346,2	- 9

1) nur von mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen (ohne Pauschbesteuerungsfälle und ohne Organtöchter)

2) nicht Steuerpflichtige, sondern Zahl der Fälle, da für einen Steuerpflichtigen mehrere Arten von Zu- und Abschlägen zutreffen können

Von den im Jahre 1971 erfaßten 1 711 Steuerpflichtigen mit positivem Einkommen wiesen 1 630 einen Bilanzgewinn in Höhe von 202,3 Mill. DM aus. Dies entspricht gegenüber 1968 einer Zunahme der Steuerpflichtigen mit Bilanzgewinn um 11% und einer Abnahme des Betrages um 3%. Bei weiteren 81 Körperschaften zeigte sich zwar ein Bilanzverlust von 2,6 Mill. DM, der aber infolge der oben erwähnten Zuschläge zu einem positiven zu versteuernden Einkommen führte. Per Saldo ergab sich somit ein Gewinn von 199,7 Mill. DM.

Die Zuschläge zum Bilanzgewinn verminderten sich von 195 Mill. DM im Jahre 1968 auf 172 Mill. DM im Jahre 1971, nahmen also um 12% ab. Da ihnen unter allen Posten für die Berechnung des zu versteuernden Einkommens aus dem Bilanzgewinn die überragende Bedeutung zukommt, trugen sie entscheidend dazu bei, daß die Steuerpflichtigen bei nur um 3% verringertem Bilanzgewinn ein um 9% niedrigeres Einkommen zu versteuern hatten als 1968. Die Tabelle oben läßt unschwer erkennen, wie bei im Durchschnitt geringerem Gewinn je Unternehmen auch die anderen Rechnungsposten sich im allgemeinen in der Weise verändert haben, daß sie zu einer stärkeren Verminderung des steuerpflichtigen Einkommens führten als drei Jahre zuvor. So haben sich der Bilanzverlust um 48%, die Abschläge um 14% und die Verlustabzüge aus den Vorjahren um 167% erhöht. Die Ergebnisse der Statistik lassen damit deutlich für das Jahr 1971 eine im Durchschnitt ungünstigere Gewinnsituation der Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen erkennen als drei Jahre zuvor.

Der Gesamtbetrag der Zuschläge setzt sich aus einer Fülle von Einzelpositionen zusammen, unter denen die nichtabzugsfähigen Zahlungen an Körperschaftsteuer für den Veranlagungszeitraum 1971 den überwiegenden Anteil ausmachen, nämlich 97 Mill. DM. Da die Zahlungen bei den Unternehmen natürlich in die Buchführung eingegangen und dabei als Betriebsausgabe behandelt worden sind, müssen sie dem Gewinn nach dem Willen des Gesetzgebers außerhalb der Bilanz wieder zugeschlagen werden. Insbesondere ihr Rückgang um 16% gegenüber 1968 bestätigt die oben erwähnte ungünstigere Ertragslage der in dieser Zählung erfaßten Unternehmen.

Steuerbelastung

Das zu versteuernde Einkommen der 1 711 mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen belief sich nach Berücksichtigung

aller Zu- und Abschläge vom Bilanzgewinn auf insgesamt 346,2 Mill. DM. Die hierauf angesetzte effektive steuerliche Belastung in Höhe von 124 Mill. DM oder 35,9% ergibt sich aus der Anwendung sehr differenzierter Steuersätze je nach Körperschaftsart und größtenteils auch Gewinnverwendung. In der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) wird seit 1953 ein Tarif mit gespaltenen Sätzen angewandt, wobei der ausgeschüttete Gewinn einem niedrigeren Steuersatz unterworfen wird als der einbehaltene. Hierbei wird unter den Kapitalgesellschaften zwischen den sogenannten anonymen und den personenbezogenen Gesellschaften unterschieden.

Der Steuersatz beträgt zur Zeit bei anonymen Kapitalgesellschaften 15% auf den ausgeschütteten Gewinn, dagegen 51% auf den einbehaltenen Gewinn. Bei personenbezogenen Kapitalgesellschaften beträgt der Ausschüttungssteuersatz 26,5%, während hier die einbehaltenen Gewinne einem Staffeltarif zwischen 39% und 59% und von einer bestimmten Höhe an einem gleichmäßigen Steuersatz von 49% unterliegen. Besondere Körperschaftsteuersätze gelten für bestimmte, insbesondere öffentlich-rechtliche Kreditinstitute. Für alle anderen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen gilt ein einheitlicher Steuersatz von 49%.

Vom zu versteuernden Einkommen wurde der überwiegende Teil, nämlich 198 Mill. DM oder

57%, von den anonymen Kapitalgesellschaften erwirtschaftet. Von diesem Einkommen waren etwa je die Hälfte nach den beiden Steuersätzen von 51% und 15% zu versteuern. Die Zusammensetzung der Steuerschuld aus den Erträgen nach diesen beiden Sätzen läßt gegenüber 1968 deutlich erkennen, daß in der Gewinnverwendung bei den anonymen Kapitalgesellschaften ein nicht unbedeutender Wandel eingetreten ist. Der Steuerertrag aus einbehaltenen Gewinnen ist nämlich von 75 Mill. DM im Jahre 1968 auf 51 Mill. DM im Jahre 1971 zurückgegangen, nahm also um fast ein Drittel ab. Dem stand eine mäßige Erhöhung der ausgeschütteten Gewinne gegenüber, die sich jedoch wegen des vergleichsweise geringen Steuersatzes, der auf sie anzulegen ist, steuerlich nur in unbedeutendem Maße auswirkte. Die Verschiebung des Verhältnisses zwischen einbehaltenen und ausgeschütteten Gewinnen hat wegen des großen Gewichts der anonymen Kapitalgesellschaften auch den Rückgang des Gesamtaufkommens an Körperschaftsteuer von 148 Mill. DM um 16% auf 124 Mill. DM innerhalb von drei Jahren entscheidend beeinflußt. Ursache für den Wandel dürfte die Abnahme des gesamten zu versteuernden Einkommens der Gesellschaften um über 30 Mill. DM seit 1968 sein, die auf die Ausschüttungen fast ohne Einfluß blieb und sich dementsprechend in der Reduzierung der einbehaltenen Gewinne niederschlug.

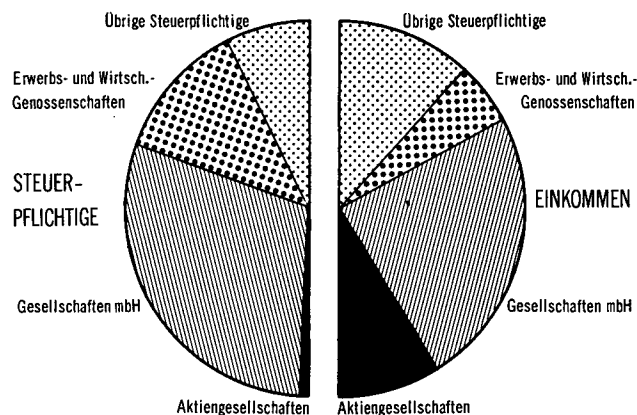
Einkommen und Steuerschuld nach Steuersätzen 1971
(nur von steuerbelasteten unbeschränkt Steuerpflichtigen)¹

Steuersatz	Fälle	Zu versteu- erndes Einkommen	Steuerschuld		dagegen 1968
		Mill. DM	Mill. DM	%	in %
für anonyme Kapitalgesellschaften gemäß § 19 Absatz 1 Ziffer 1 KStG					
51 %	408	100	51	41	50
15 %	278	98	15	12	8
für personenbezogene Kapitalgesellschaften gemäß § 19 Absatz 1 Ziffer 2 KStG Staffeltarif (einschließlich Plafond 49 %)	591	22	11	9	6
26,5 %	64	1	0	0	0
für Sparkassen gemäß § 19 Absatz 2a KStG					
35 %	56	32	11	9	8
für Kreditgenossenschaften gemäß § 19 Absatz 2b KStG					
32 %	141	20	6	5	3
für übrige Steuerpflichtige gemäß § 19 Absatz 1 Ziffer 3 KStG					
49 %	457	33	16	13	14
Sonstige Steuersätze	13	39	15	12	11
Saldo aus Nachsteuern und Ermäßigungen	373		- 2	- 2	
Insgesamt	2 381	346	124	100	100

1) ohne Organtöchter und ohne Pauschbesteuerungsfälle

Die personenbezogenen Kapitalgesellschaften wurden wiederum fast ausschließlich nach dem Staffeltarif besteuert. Dieser Satz fand im Jahre 1971 am häufigsten Anwendung, was auf die nicht unbeträchtlich gestiegene Zahl der Gesellschaften mbH zurückgeht. Ihr Einkommen und damit auch ihre Steuerbelastung ist verhältnismäßig niedrig. Die personenbezogenen Gesellschaften trugen nur mit insgesamt 11 Mill. DM zum Steueraufkommen bei. Der Anteil an der gesamten Steuerschuld erhöhte sich gegenüber 1968 um 3 Prozentpunkte auf nunmehr 9%. Bei allen nach den übrigen Steuersätzen besteuerten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen traten dagegen keine gravierenden Veränderungen im Anteil an der gesamten Steuerschuld gegenüber der Vorerhebung auf.

Körperschaftsteuerpflichtige¹⁾ und Einkommen 1971 nach der Rechtsform



1) nur mit Einkommen Veranlagte (ohne Organtöchter und Pauschbesteuerungsfälle)

D - 4661

Einkommenschichtung und Rechtsformen

Die Gliederung der Körperschaften nach Einkommensgrößenklassen zeigt das aus den vergangenen Erhebungen bekannte Bild. Es stehen einer Vielzahl von Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen wenige Großbetriebe gegenüber, die auch im Jahre 1971 den weit überwiegenden Teil der Einkommen für sich erwirtschafteten. So entfiel auf 63 Steuerpflichtige in der obersten Größenklasse Einkommen von 234 Mill. DM, das sind gut zwei Drittel des gesamten Einkommens. Dagegen vereinigten mehr als die Hälfte aller Steuerpflichtigen (54%) in den beiden untersten Größenklassen nur etwa 2% der

Einkommen auf sich. Das Schichtungsbild hat sich gegenüber dem Ergebnis von 1968 insofern verändert, als die Konzentration der Einkommen in der obersten Größenklasse nicht unwesentlich nachgelassen hat. Im Jahre 1968 entfielen auf die zu dieser Klasse gehörenden Körperschaften 77% des gesamten Einkommens; im Jahre 1971 waren es dagegen nur 67% gewesen. In absoluten Zahlen ausgedrückt mußten die 63 Einkommensmillionäre unter den Körperschaftsteuerpflichtigen des Jahres 1971 eine Minderung ihres zu versteuernden Einkommens gegenüber 1968 um 58,5 Mill. DM hinnehmen, wobei sich ihre Anzahl nur geringfügig um vier vermindert hatte.

Die Körperschaftsteuerpflichtigen¹⁾ nach Einkommenshöhe und Rechtsform im Jahre 1971
nur mit Einkommen veranlagte unbeschränkt Steuerpflichtige

Größenklasse (Einkommen in 1 000 DM)	Alle Körperschaften		davon							
	Anzahl	Einkommen in 1 000 DM	Aktien- gesellschaften	Gesellschaften mit beschränkter Haftung	Erwerbs- und Wirtschafts- genossenschaften	Übrige Körper- schaftsteuer- pflichtige	Anzahl	Einkommen in 1 000 DM	Anzahl	Einkommen in 1 000 DM
Insgesamt	1 711	346 251	36	60 534	1 014	167 927	415	36 315	246	81 475
dagegen 1968	1 523	381 128	34	61 304	677	191 897	527	33 287	285	94 639
je Steuerpflichtigen	.	202	.	1 681	.	166	.	88	.	331
dagegen 1968	-	250	.	1 803	.	283	.	63	.	332
davon in %										
unter 12	45	1	-	-	54	1	22	1	50	1
12 - 20	10	1	6	0	8	1	13	2	8	0
20 - 50	18	3	14	0	14	3	33	12	8	1
50 - 100	9	3	8	0	7	3	15	12	5	1
100 - 200	7	5	8	1	6	5	10	15	8	4
200 - 1 000	8	20	36	10	7	21	6	34	15	19
1 000 und mehr	4	67	28	89	3	66	0	23	7	74

1) ohne Organtöchter und Pauschbesteuerungsfälle

Die Verteilung der Unternehmen auf die einzelnen Rechtsformen ist in der letzten Zeit maßgeblich durch die Vielzahl der Neugründungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung beeinflusst worden. Ihre Zahl unter allen erfaßten unbeschränkt Steuerpflichtigen mit positivem Einkommen erhöhte sich zwischen den beiden letzten Zählungen um 337 auf 1 014 und erreichte damit einen Anteil von fast drei Fünfteln aller in der Tabelle oben dargestellten Erhebungseinheiten. Der Zugang der vielen Gesellschaften mbH hatte insgesamt gesehen auf die Veränderung des Einkommens nur einen geringen Einfluß. Über die Hälfte der neuen Steuerpflichtigen versteuerte weniger als 12 000 DM, fiel also in die unterste Einkommensgrößenklasse. Die neuen Gesellschaften geben auffallend häufig ein Dienstleistungsgewerbe als Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit an.

Unter den Aktiengesellschaften ergaben sich nach der Anzahl wie nach dem Einkommen seit 1968 nur geringfügige Veränderungen. Die Einkommen dieser im allgemeinen recht kapitalintensiven und ertragsstarken Unternehmen betragen im Jahre 1971 je Fall 1 681 000 DM. Sie waren damit etwa zehnmal

so groß wie die durchschnittlichen Einkommen der Gesellschaften mbH. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften haben sich in letzter Zeit mehr und mehr zusammengeschlossen. Die Zahl der Genossenschaften schrumpfte zwischen 1968 und 1971 um über ein Fünftel auf 415 Steuerpflichtige zusammen, wobei sich das Einkommen insgesamt um 9% erhöhte. Die Zunahme wirkt sich jedoch auf das Gesamtergebnis der Statistik fast gar nicht aus, da die Genossenschaften immer noch im Durchschnitt die bei weitem geringsten Einkommen unter allen Körperschaften in der Gliederung nach Rechtsformen nachweisen. Obwohl sich die geschäftliche Tätigkeit der Genossenschaften längst nicht mehr nur auf die Bedienung der Genossen beschränkt, sondern mehr und mehr unternehmerische Züge annimmt, beweisen die Ergebnisse, daß großenteils die Geschäftspolitik unter Aspekten betrieben wird, die primär nicht der Gewinnmaximierung dienen.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht L IV 4. Vergleiche auch: "Das Einkommen der Körperschaften und seine Besteuerung im Jahre 1968" in dieser Zeitschrift 1972, S. 148 (Juli)

Kurzberichte

Die Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe - kurz: Gastgewerbe - setzte in Schleswig-Holstein im Jahre 1973 einschließlich Umsatzsteuer schätzungsweise 1,2 Mrd. DM um. Das sind etwa 7% mehr als im Jahre 1972.

In welchem Maße die Preisentwicklung zu diesem Ergebnis beigetragen hat, läßt sich nur annähernd bestimmen, denn es gibt keinen Preisindex für Dienstleistungen des schleswig-holsteinischen Gastgewerbes. Eine Vorstellung über das Ausmaß der Preisentwicklung läßt sich aber mit Hilfe der Preise gewinnen, die jährlich im August in Großstädten, Seebädern, sonstigen Badeorten, Luftkurorten, anderen Fremdenverkehrsgemeinden sowie Gemeinden ohne besondere Bedeutung für den Fremdenverkehr repräsentativ für 19 Leistungen des Gastgewerbes (Übernachtung, Speisen, Getränke) ermittelt werden. Vergleicht man die Preise der Jahre 1972 und 1973, dann kommt man zu

dem Ergebnis, daß sich die Leistungen des Gastgewerbes im Durchschnitt um 7 bis 8% verteuert haben. Unterstellt man, daß diese Entwicklung auch für Schleswig-Holstein zutrifft, bedeutet dies, daß die realen Umsätze von 1972 zu 1973 nahezu konstant geblieben sind.

Für das Jahr 1974 zeichnet sich im Vergleich zum Vorjahr ein höherer nominaler Umsatzanstieg ab, denn von Januar bis einschließlich September stiegen die Umsätze gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres um 14%. Daraus ergibt sich ein realer Anstieg der Umsätze.

In den beiden Bereichen Gastronomie und Beherbergung entwickelten sich die Umsätze recht unterschiedlich. Während der Umsatz 1973 im Beherbergungsgewerbe - er schließt die im Beherbergungsgewerbe erzielten Verpflegungsumsätze ein - gegenüber 1972 um 17% anstieg, betrug der Umsatzanstieg im Gaststättengewerbe nur 2%. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1974 waren die

Zuwachsraten für beide Bereiche höher als in der vergleichbaren Zeit des Vorjahres. So stieg der Umsatz im Gaststättengewerbe um 10%, im Beherbergungsgewerbe um 21%. Der außergewöhnlich hohe Umsatzzuwachs im Beherbergungsgewerbe steht vor allem im Zusammenhang mit den in den letzten Jahren in Betrieb genommenen Großanlagen. Hierzu wurden für diesen Beitrag folgende Komplexe gerechnet: Bellmetica Appartement-Hotel Schloß Schönhagen, SBK Südstrand Burgtiefe/Fehmarn, IFA-Appartement-Anlage Kellenhusen, Hotel Olympia Schilksee, Ferienzentrum Holm, Panoramic Sierksdorf, Marina Wendtorf, Weißenhäuser Strand, Damp 2000, Maritim Seehotel Timmendorfer Strand, Maritim Golf- und Sporthotel Timmendorfer Strand, Maritim Hotel- und Kongreßzentrum Lübeck-Travemünde, Kurhotel Bad Segeberg sowie die fünf Häuser der Intermar-Gruppe in Glücksburg, Grömitz, Malente, Niendorf und Plön. Die angeführten Unternehmen setzten im Jahre 1973 rund 47 Mill. DM um, das sind etwa 13% der im ganzen Beherbergungsgewerbe (ohne Heilstätten, Kinderheime, Jugendherbergen und Zeltplätze) getätigten Umsätze.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1974 zusammen haben die bezeichneten Unternehmen mit 71 Mill. DM über 50% mehr umgesetzt als im gesamten Jahr 1973. Ohne Frage ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, daß sich die Mehrzahl der Unternehmen noch in der Anlaufphase befindet. Schließlich ist ein Teil der Großanlagen erst im Verlauf des Jahres 1973 oder noch später eröffnet worden.

Ohne die Großanlagen verzeichnete das Beherbergungsgewerbe im Jahre 1973 gegenüber 1972 ein Umsatzplus von 8%. Da dieser Zuwachs ungefähr der Preisentwicklung entspricht, verharrten die realen Umsätze auf dem Vorjahresniveau. Für 1974 ist das Bild wieder etwas freundlicher. Denn von Januar bis einschließlich September stiegen die Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um etwa 10%.

Die im letzten Absatz genannten Werte berücksichtigen die Fluktuation im Beherbergungsgewerbe. Es wird also die Umsatzentwicklung im gesamten Beherbergungsgewerbe zum Ausdruck gebracht. Zu einem anderen Ergebnis kommt man, wenn man die Betrachtung auf Unternehmen beschränkt, die in der Zeit vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1973 bestanden haben (paarige Fälle), Löschungen und Neugründungen also nicht einbezieht. Für diese Unternehmen errechnet sich ein Zuwachs in Höhe von rund 4%.

Das vorhandene Zahlenmaterial über das Beherbergungsgewerbe wurde auch nach

Größenklassen ausgewertet. Gefragt wurde nach der Umsatzentwicklung der im Jahre 1972 einer bestimmten Umsatzgrößenklasse angehörenden Unternehmen, die auch 1973 bestanden haben. Es ergeben sich folgende Werte:

Umsatzgrößenklasse von ... bis unter ... DM	Veränderung 1973 gegenüber 1972 in %
50 000 - 100 000	+ 6,2
100 000 - 250 000	+ 5,2
250 000 - 500 000	+ 4,7
500 000 und mehr	+ 2,8
Insgesamt	+ 4,1

Wie man sieht, besteht zwischen der absoluten Höhe der Umsätze und ihrer prozentualen Zunahme eine negative Korrelation, d. h. je höher der Umsatz ist, um so geringer ist die relative Veränderung. Offenbar haben die nach dem 1. 1. 1972 eröffneten Großanlagen mehr den größeren als den kleineren Unternehmen Konkurrenz gemacht.

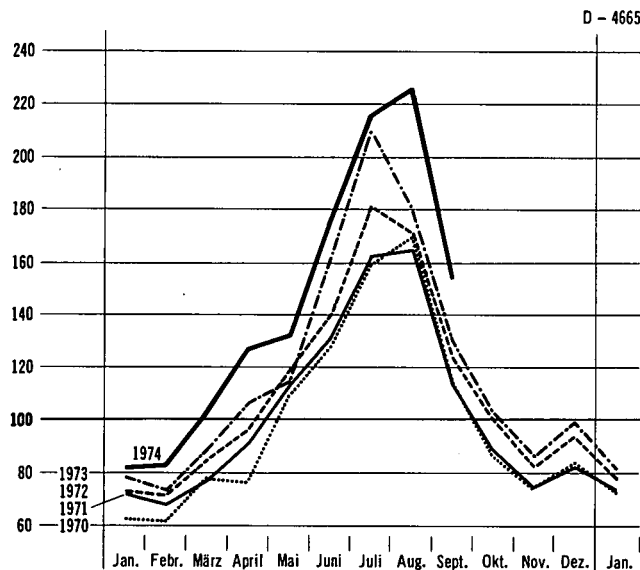
Zweifellos beeinflußt die Wahl der Größenklassen das Ausmaß der Veränderungsdaten. Bei einer anderen Aufteilung dürfte sich die Tendenz jedoch nicht ändern. Bei der Bewertung des Ergebnisses muß man allerdings auch berücksichtigen, daß die Zuwachsraten aus hochgerechneten Stichprobenergebnissen abgeleitet worden sind. Da Stichprobenergebnisse naturgemäß mit einem Fehler behaftet sind, haben die angegebenen Werte den Charakter von Erwartungswerten, d. h. das tatsächliche Ausmaß der Veränderungen kann von den angegebenen Werten nach oben oder unten abweichen.

Welchen Schwankungen die Gastgewerbeumsätze im Verlauf eines Jahres unterliegen, geht aus der folgenden Grafik hervor. Die Entwicklung der Umsätze wird mit Hilfe von Meßziffern dargestellt. Dies hat den Vorteil, daß man die prozentualen Abweichungen der Monatswerte von der Basis - hier: Umsatz des Jahres 1970, geteilt durch 12 - unmittelbar ablesen kann. Diese Abweichung entspricht nämlich der Strecke zwischen dem Meßziffernwert des betreffenden Monats und dem Wert 100.

Der Höhepunkt der Geschäftstätigkeit liegt erwartungsgemäß in den Hauptreisemonaten Juli und August. In welchem der beiden Monate letztlich mehr umgesetzt wird, hängt von der Lage der Sommerferien in Nordrhein-Westfalen ab. Da im Jahre 1974 die Sommerferien dort erst am 25. Juli begannen, liegt das Maximum der Umsatzkurve erst im August.

Jahresverlauf der Umsätze im Gastgewerbe

Durchschnittlicher Monatsumsatz 1970 = 100



der Jahresdurchschnitt 1973. Das hängt damit zusammen, daß das Beherbergungsgewerbe in den beiden Hauptmonaten infolge des schönen Wetters außergewöhnlich hohe Umsätze getätigt hatte, was auch das Jahresmittel steigen ließ. Nach dem Höhepunkt in den Monaten Juli und August geht das Umsatzvolumen in den folgenden drei Monaten kontinuierlich zurück. Im Dezember wird der jahreszeitlich bedingte Rückgang der Umsätze vorübergehend unterbrochen. In den beiden folgenden Monaten sinkt der Umsatz dann auf den Jahrestiefstand. Von da an zeigt die Umsatzkurve steil nach oben, wobei die Oster- und Pfingstfeiertage das Geschäft zusätzlich beleben.

Die geschilderte Entwicklung trifft sowohl für das Gaststätten- als auch für das Beherbergungsgewerbe zu. Allerdings konzentriert sich der Umsatz im Beherbergungsgewerbe wesentlich stärker auf die Hauptreisemonate als im Gaststättengewerbe, worin die starke Abhängigkeit des Reiseverkehrs von der Jahreszeit zum Ausdruck kommt.

Karlheinz König

Über dem Jahresdurchschnitt liegen die Umsätze auch in den Monaten Mai, Juni und September. Allerdings waren die Mai-Umsätze im Jahre 1973 etwas niedriger als

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht G IV 3. Vergleiche auch: "Umsatz im Gastgewerbe 1973" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 120 (Februar)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1975

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 554	2 573	2 580	2 580	2 580	2 586
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 370	1 266	1 060	1 112	1 112	1 313	1 194
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,4	5,9	4,8	5,2	5,1	6,2	5,4
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 440	2 199	2 103	2 004	2 065	2 141	2 051
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	10,3	9,6	9,5	9,4	10,1	9,3
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 730	2 693	2 863	2 734	2 948	2 493	2 746
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,8	12,6	13,1	12,9	13,5	11,7	12,5
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	49	48	62	37	51	31	51
*	je 1 000 Lebendgeborene	19,9	21,7	29,5	18,5	24,7	14,5	24,9
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 290	- 494	- 760	- 730	- 883	- 352	- 695
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,4	- 2,3	- 3,5	- 3,4	- 4,0	- 1,7	- 3,2
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 527	8 280	9 890	7 377	6 169	7 147
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 530	6 468	8 792	6 594	5 698	6 951
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 997	+ 1 812	+ 1 098	+ 783	+ 471	+ 196
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 400	10 318	12 748	10 423	9 457	10 248
Wanderungsfälle	Anzahl	25 456	25 066	31 430	24 394	21 324	24 346
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	168	165	202	164	140	163
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	12	14	14	19	27	25	32	39	45
darunter *Männer	1 000	7	8	7	10	16	14	18	22	27
Offene Stellen	1 000	19	20	17	14	11	12	10	8	8
darunter für Männer	1 000	11	13	12	10	7	8	7	5	4
Ländwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 421 ^a	1 496 ^a	.	.	1 496	.	.	.	p 1 508
darunter *Milchkühe	1 000	498 ^a	504 ^a	.	.	504	.	.	.	p 495
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	498 ^a	504 ^a	.	.	504	.	.	.	p 495
*Schweine	1 000	1 598 ^a	1 659 ^a	.	.	1 659	.	.	.	p 1 567
darunter *Zuchtsauen	1 000	161 ^a	168 ^a	.	.	168	.	.	.	p 168
darunter *trächtig	1 000	100 ^a	111 ^a	.	.	111	.	.	.	p 111
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	31	55	47	29	45	54	45	32
*Kälber	1 000 St.	2	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	205	200	227	215	196	221	233	228	212
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	8 ^b	7 ^c	6	12	12	4	7	15	12
*Schlachtungsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	23,7	24,2	32,9	28,8	22,4	30,7	34,6	29,9	25,3
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	7,2	8,0	14,1	11,6	7,2	12,1	14,9	11,7	8,3
*Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,3	16,1	18,6	17,1	15,0	18,5	19,4	18,1	16,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	257	264	265	266	262	270	284	278	271
Kälber	kg	78	95	100	98	100	96	102	100	100
Schweine	kg	83	83	84	84	82	85	86	85	84
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)	1 000	518	515	481	520	467	500	548	460	390
*für Legehennenküken	1 000	877	879	768	949	581	959	871	946	995
*für Masthühnerküken	1 000	877	879	768	949	581	959	871	946	995
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	843	825	1 027	785	666	862	806	752	639
*Milcherzeugung										
1 000 t	1 000 t	178	181	122	138	168	117	120	142	167
darunter *an Meiereien geliefert	%	92	93	92	93	92	93	92	93	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	11,8	7,9	9,2	10,8	7,7	7,7	9,4	10,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	188	187	190	189	186	188	187	185	183
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	139	138	140	139	137	137	136	134	132
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 242	22 249	24 073	23 942	20 666	21 576	22 880	21 913	19 324
*Löhne (brutto)	Mill. DM	185,9	208,6	215,4	246,2	218,5	224,8	233,6	258,6	237,9
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	85,0	97,5	95,4	117,0	117,4	110,3	110,2	134,8	133,2
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	20	28	31	31	34	33	32	32	30
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,3	13,8	14,7	15,8	16,6	12,2	14,9	15,0	14,5
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,0	3,5	3,5	3,0	3,9	2,6	3,1	3,2	3,0
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	9,4	10,3	11,2	12,8	12,7	9,5	11,8	11,9	11,6
*Heizölverbrauch	1 000 t	95	100	106	117	108	86	108	100	92
*leichtes Heizöl	1 000 t	20	21	22	24	23	15	20	21	19
*schweres Heizöl	1 000 t	75	79	85	93	86	71	88	79	73
*Stromverbrauch	Mill. kWh	165	177	198	192	173	180	198	190	169
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	36	42	47	47	37	41	38	41
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 273	1 439	1 539	1 686	1 655	1 661	1 893	1 966	1 749
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	200	242	202	243	352	304	321	327	306
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	172	184	192	205	181	197	202	202	190
*Bergbau	1962=100	109	100	99	97	95	80	83	77	77
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	179	200	218	216	167	203	201	189	171
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	192	206	207	233	220	249	261	256	277
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	208	220	234	245	228	216	209	221	196
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	134	139	147	157	136	142	150	157	127
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	144	143	160	140	89	150	149	141	103
Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	97,0	96,7	.	.	95,0	94,4	.	.	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	126,7	132,2	.	.	152,0	140,6	.	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	266	290	244	304	321	306	309	310	322
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	545	582	628	655	691	547	643	677	686
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	11	10	9	11	13	4	8	9	9
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 896	61 242	61 086	59 324	57 567	56 344	55 294	52 529	51 165
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 347	7 906	9 439	7 505	4 332	8 016	8 420	6 885	4 993
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 774	3 576	4 146	3 303	1 901	3 336	3 465	2 774	2 045
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 347	1 342	1 517	1 287	805	1 231	1 293	1 087	825
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 047	2 790	3 508	2 672	1 505	3 214	3 347	2 772	1 941
*Löhne (brutto)	Mill. DM	83,2	90,2	110,1	88,3	57,4	97,1	104,5	86,6	68,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	9,7	11,3	10,9	13,3	14,4	11,9	12,0	14,1	14,8
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	256,4	282,0	305,7	296,5	452,0	255,9	293,4	375,5	439,3

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	991	946	1 012	620	439	914	781	595	457
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	874	853	934	557	400	864	744	557	405
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 124	1 018	963	715	442	846	686	532	547
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	180 223	177 561	172 694	126 037	80 028	160 746	131 904	102 620	100 899
*Wohnfläche	1 000 qm	212	193	173	136	85	154	121	98	104
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	158	176	214	174	104	196	174	168	127
*umbauter Raum	1 000 cbm	716	775	876	740	372	703	719	647	715
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	79 651	90 227	82 755	101 480	31 526	108 037	86 605	106 758	91 555
*Nutzfläche	1 000 qm	126	141	164	146	63	141	135	124	108
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 854	2 305	1 897	1 702	1 042	1 820	1 425	1 112	1 300
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹²⁾	Anzahl	2 629	2 937	2 013	2 479	20 226	1 411	2 166	1 731	...
Wohnräume	Anzahl	10 797	11 336	8 424	10 704	74 330	6 362	8 804	7 692	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	251,0	279,8	306,5	427,0	308,6	414,9	421,3	401,2	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	27,2	32,5	43,2	37,3	26,3	55,2	58,6	47,8	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	223,8	247,3	263,4	389,7	282,3	359,8	362,7	353,4	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	4,8	5,9	7,6	7,4	5,7	9,3	10,4	9,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,9	19,7	33,3	28,0	18,9	52,3	35,9	44,8	...
*Fertigwaren	Mill. DM	209,2	221,7	222,4	354,3	257,6	298,2	316,4	299,6	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	16,4	21,0	24,5	22,5	20,9	28,9	31,6	26,5	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	192,7	200,7	197,9	331,8	236,8	269,4	284,8	273,1	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	68,6	122,3	149,5	147,9	119,9	185,4	186,2	183,6	...
darunter Italien	Mill. DM	20,1	22,9	26,8	25,4	20,4	23,8	29,8	21,5	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	25,6	34,9	26,8	25,5	38,3	52,5	33,6	...
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,3	22,0	34,3	26,4	25,5	50,1	27,5	37,1	...
Großbritannien	Mill. DM	40,3	18,4	14,3	32,9	10,7	27,4	23,5	51,7	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	89,9	65,4	68,8	155,4	89,9	85,9	64,2	55,8	...
darunter Norwegen	Mill. DM	5,0	27,5	30,4	121,0	6,5	5,9	16,0	5,5	...
Schweden	Mill. DM	8,3	19,0	16,0	13,5	65,3	52,8	19,5	25,4	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	124,7	133,6	137,4	144,1	172,3	135,7	148,1	154,7	...
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	111,5	119,2	103,9	86,3	99,3	153,9	120,9	103,3	...
Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	187	200	137	79	69	246	143	91	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	18	15	9	6	20	15	9	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 537	1 659	635	287	267	2 140	698	330	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	37	31	19	14	40	32	18	...
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 053	1 121	1 149	1 030	1 029	1 193	1 367
Güterversand	1 000 t	307	399	441	506	483	491	513
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	243	236	261	278	212	218	219	234	182
*Güterversand	1 000 t	362	327	399	364	237	345	323	275	180
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 122	7 522	6 927	5 301	3 381	6 126	6 716	5 569	...
*Personenkraftwagen ¹⁴⁾	Anzahl	63	92	42	18	10	56	29	23	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 234	6 693	6 123	4 769	2 933	5 446	6 008	5 095	...
	Anzahl	445	386	391	255	206	252	271	209	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 502	1 428	1 503	1 518	1 185	1 527	1 426	1 467	p 1 473
*Getötete Personen	Anzahl	71	61	60	86	36	48	48	72	p 76
*Verletzte Personen	Anzahl	2 023	1 891	1 918	1 984	1 516	2 029	1 834	1 916	p 1 887

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
				Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	20 540	23 133	22 403	22 627	23 133	24 432	24 438	25 583	24 984
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 793	22 352	21 716	21 889	22 352	23 558	23 540	23 663	24 024
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 466	4 903	4 787	4 745	4 903	5 200	5 049	4 986	5 176
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 430	4 882	4 753	4 718	4 882	5 189	5 027	4 953	5 147
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	36	21	35	27	21	11	22	33	29
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 794	2 068	1 945	2 016	2 068	2 140	2 160	2 187	2 215
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 698	1 925	1 805	1 876	1 925	1 993	1 995	2 001	2 028
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	96	143	139	139	143	147	165	186	187
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	13 533	15 382	14 984	15 129	15 382	16 218	16 330	16 491	16 633
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 525	12 934	12 688	12 798	12 934	13 677	13 733	13 884	13 944
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 007	2 448	2 296	2 331	2 448	2 541	2 598	2 607	2 689
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 149	18 446	17 548	17 778	18 446	19 267	19 435	19 795	20 182
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 817	10 614	10 246	10 467	10 614	11 263	11 368	11 667	11 529
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 247	6 645	6 442	6 642	6 645	7 225	7 270	7 538	7 374
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 570	3 969	3 804	3 826	3 969	4 038	4 098	4 129	4 155
*Spareinlagen	Mill. DM	7 332	7 832	7 302	7 310	7 832	8 004	8 067	8 128	8 654
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 495	4 686	4 452	4 452	4 686	4 789	4 826	4 856	5 169
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	395	411	488	368	812	389	418	396	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	326	380	479	359	413	351	355	336	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	13	16	20	17	39	23	25	19	20
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,9	1,3	-	3	3	-	-	4	2
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	393	437	577	517	549	543
*Wechselsumme	Mill. DM	1,131	1,541	2,425	2,692	1,667	3,864
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 873	373 472	280 948	426 521	616 629	541 066	344 934	442 437	745 847
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	221 614	278 599	196 046	328 344	527 352	441 155	245 830	326 213	639 607
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	149 077	186 403	163 234	316 893	255 681	195 616	202 591	291 133	349 668
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 557	72 222	22 228	-10 199	235 918	207 206	32 577	24 012	214 124
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 700	2 004	734	491	615	2 177	3 291	902	2 681
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 280	17 970	9 850	21 159	35 138	36 355	7 371	10 167	73 134
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	93 259	94 873	84 901	98 177	89 277	99 910	99 103	116 224	106 240
*Umsatzsteuer	1 000 DM	69 991	68 131	57 247	68 488	61 948	61 105	61 849	72 045	69 710
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	23 268	26 742	27 655	29 689	27 329	38 805	37 254	44 179	36 531
*Bundessteuern	1 000 DM	101 340	116 332	111 256	133 726	172 386	46 535	49 860	46 588	65 301
*Zölle	1 000 DM	10 910	10 676	11 177	10 741	10 654	10 747	11 521	11 538	9 774
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	85 163	99 163	96 254	118 887	148 975	24 787	33 107	30 082	39 338
*Landessteuern	1 000 DM	28 267	30 039	27 414	39 731	20 734	24 399	29 332	39 111	23 586
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 700	981	16 830	1 674	1 851	1 656	17 031	3 115
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	16 236	17 414	19 427	16 762	12 276	15 959	19 804	15 959	14 364
*Biersteuer	1 000 DM	1 018	951	949	655	755	1 202	1 055	918	1 083
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	156 174 ⁺	187 078 ⁺	.	.	209 655	216 285
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 177 ⁺	7 114 ⁺	.	.	6 698	7 432
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	24 119 ⁺	26 496 ⁺	.	.	25 421	26 946
*Gewerbsteuer	1 000 DM	97 117 ⁺	121 447 ⁺	.	.	146 040	145 035
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²⁰⁾	1 000 DM	14 210 ⁺	15 929 ⁺	.	.	16 248	18 422
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 210 ⁺	15 929 ⁺	.	.	16 248	18 422
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	257 467	296 497	275 035	288 229	482 359	302 130	247 760	222 064	440 189
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	88 868	110 391	85 041	90 688	229 264	192 394	106 453	102 255	280 338
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	60 653	61 668	55 186	63 815	58 030	63 201	62 177	73 221	66 932
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	23 553	-	22 680	-	29 269	-	27 618
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	201 260	232 862	191 244	287 173	348 011	278 770	229 477	285 719	396 357
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	102 089	129 683	85 041	183 099	229 264	192 394	106 453	170 597	280 338
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 21)	1 000 DM	64 297	65 034	55 236	64 343	75 333	61 977	64 423	76 010	64 814
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	23 553	-	22 680	-	29 269	-	27 618
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	207 218 ⁺	250 030 ⁺	.	.	338 824	283 956
*Gewerbsteuer	1 000 DM	57 480 ⁺	72 809 ⁺	.	.	53 575	89 327
nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	1 000 DM	57 480 ⁺	72 809 ⁺	.	.	53 575	89 327
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	90 682 ⁺	111 589 ⁺	.	.	221 634	123 379

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973			1974			
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	99,8	112,6	113,4	121,7	126,7	146,3	146,6	146,0	...
Ausfuhrpreise	1970=100	105,5	112,3	113,8	115,7	117,1	134,8	135,2	135,3	...
Grundstoffpreise ²³⁾	1962=100	108,9	120,3	123,1	127,6	130,6	144,6	145,6	144,6	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²³⁾	1970=100	107,0	114,1 ^f	116,0	117,3	118,3	131,7	132,9	133,0	...
landwirtschaftlicher Produkte ²³⁾	1961/63=100	118,7 ^e	118,8 ^f	121,6	122,7	124,5	115,9 ^p	116,3 ^p	118,9	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ²⁴⁾	1962=100	174,3	187,1		189,8					...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²³⁾	1962/63=100	127,3 ^e	139,8 ^f	134,5	134,9	138,0	144,8	146,3	147,8	...
Einzelhandelspreise	1962=100	123,7	131,6	133,2	134,4	135,0	143,2	144,4	145,8	146,3
*Preisindex für die Lebenshaltung ²⁵⁾	1970=100	111,1	118,8	120,3	121,8	122,9	128,1	128,8	129,7	130,1
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	109,7	118,0	118,0	119,1	120,0	123,2	123,8	124,8	125,4
Kleidung, Schuhe	1970=100	112,3	120,7	123,7	124,2	124,5	131,4	132,3	133,6	133,9
Wohnungsmieten	1970=100	112,5	119,2	120,7	121,3	121,6	126,1	126,5	126,9	127,1
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	110,1	128,2	133,6	149,9	161,3	150,4	153,0	153,5	153,0
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	109,7	114,3	115,2	116,3	117,0	124,0	125,6	127,6	128,3
Löhne und Gehälter ²⁶⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	369	402	413
darunter *Facharbeiter	DM	390	426	439
*weibliche Arbeiter	DM	218	241	248
darunter *Hilfsarbeiter	DM	210	232	237
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	8,32	9,11	9,30
darunter *Facharbeiter	DM	8,84	9,67	9,89
*weibliche Arbeiter	DM	5,38	5,98	6,12
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,21	5,75	5,87
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,4	44,0	44,4
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	40,2	40,5
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 792	2 009	2 066
*weiblich	DM	1 194	1 355	1 387
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 923	2 196	2 258
*weiblich	DM	1 218	1 321	1 348
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 533	1 796	1 836
*weiblich	DM	953	1 129	1 159
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 704	1 708	1 716
weiblich	DM	(1 112)	1 384	1 440
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 615	1 861	1 906
weiblich	DM	1 019	1 184	1 215
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 909	2 151	2 207
weiblich	DM	1 213	1 325	1 353

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

e) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins-gesamt	im sozialen Wohnungsbau						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	Auslands-gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1969	28	23	24	868	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins-gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	...	27,1

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-mittel
	Mill. DM											
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 865	590	867	1 714	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675
1973	3 558	2 794	1 000	1 138	3 047	1 974	867	1 190	550	3 620	2 562	1 923

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung 1970=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie ⁹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	indu-strieller Produkte ⁷⁾ 1962=100	landwirt-schaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63 =100		ins-gesamt	Nahrungs- und Genuß-mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
									kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
									Männer	Frauen	Männer	
1969	101,5	106,2	127,2	96,7	97,7	259	157	1 208	758	1 398	1 474	1 005
1970	107,5	98,1	147,4	100	100	297	178	1 329	839	1 572	1 608	1 152
1971	112,5	106,5	162,7	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 755	1 744	1 257
1972	116,1	118,7	174,3	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	123,8	...	187,1	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448

1) Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

5) ohne Kassenkredite

7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

6) alle privaten Haushalte

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. September 1974			Bevölkerungsveränderung im September 1974			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1974	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
			in %					
FLENSBURG	94 785	- 0,0	- 0,7	- 40	11	- 29	26 785	24 414
KIEL	263 922	+ 0,0	- 0,6	- 59	110	51	74 683	68 049
LÜBECK	235 019	- 0,1	- 0,6	- 64	- 144	- 208	62 797	56 445
NEUMÜNSTER	85 804	- 0,1	- 0,8	- 7	- 72	- 79	26 488	23 635
Dithmarschen	132 280	- 0,1	- 0,9	- 31	- 96	- 127	47 263	36 781
Hzgt. Lauenburg	150 856	+ 0,0	+ 0,6	- 57	128	71	48 923	41 418
Nordfriesland	162 615	- 0,1	+ 0,2	17	- 233	- 216	58 326	46 379
Ostholstein	186 251	- 0,2	- 0,2	- 61	- 322	- 383	60 308	50 156
Pinneberg	253 512	- 0,0	+ 0,2	34	- 40	- 6	81 474	70 964
Plön	113 351	+ 0,0	+ 0,3	6	5	11	41 627	34 289
Rendsburg-Eckernförde	235 723	+ 0,1	+ 1,0	- 29	207	178	81 229	66 249
Schleswig-Flensburg	176 226	+ 0,0	+ 0,5	8	73	81	65 973	51 874
Segeberg	191 614	+ 0,1	+ 2,6	24	199	223	72 272	60 864
Steinburg	131 817	- 0,0	- 0,8	- 35	- 6	- 41	44 577	35 898
Stormarn	171 748	+ 0,2	+ 1,4	- 58	376	318	57 835	50 161
Schleswig-Holstein	2 585 523	- 0,0	+ 0,2	- 352	196	- 156	850 560	717 576

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1974 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 30. 11. 1974	Beschäftigte am 30. 11. 1974	Umsatz ⁴⁾ im November 1974 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	60	9 017	94	38	3	51
KIEL	146	30 498	341	147	2	187
LÜBECK	143	28 336	279	145	3	166
NEUMÜNSTER	73	10 490	50	69	2	91
Dithmarschen	62	6 363	160	62	4	77
Hzgt. Lauenburg	99	9 066	61	84	3	108
Nordfriesland	46	2 464	47	92	7	128
Ostholstein	74	6 103	51	127	8	169
Pinneberg	235	23 310	201	118	4	153
Plön	40	2 554	25	57	3	74
Rendsburg-Eckernförde	131	11 357	120	162	10	210
Schleswig-Flensburg	68	4 616	78	91	10	129
Segeberg	183	14 969	138	106	7	132
Steinburg	95	10 301	111	77	6	86
Stormarn	138	16 101	211	98	4	126
Schleswig-Holstein	1 593	185 545	1 966	1 473	76	1 887

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1974

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1974			Offene Stellen am 30. 11. 1974	Kuhmilcherzeugung im November 1974			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Metereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 2.8. 1974	Rindvieh am 31.5. 1974	
		VZ 1961	30.6. 1973						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 582	+ 11,4	+ 0,3	8	142	92,5	9,4	1 799	1 587	490
Hamburg	1 742	- 4,9	- 0,8	9	1	87,1	8,6	14	18	4
Niedersachsen	7 262	+ 9,4	+ 0,4	22	255	89,2	8,2	6 486	3 206	1 029
Bremen	726	+ 2,8	- 0,7	4	1	79,5	8,0	7	19	5
Nordrhein-Westfalen	17 225	+ 8,3	+ 0,0	64	189	92,3	9,1	4 687	2 077	704
Hessen	5 580	+ 15,9	+ 0,4	22	92	81,1	9,4	1 563	947	333
Rheinland-Pfalz	3 696	+ 8,2	- 0,1	10	64	81,4	8,5	739	714	247
Baden-Württemberg	9 238	+ 19,1	+ 0,3	33	193	76,3	9,1	2 283	1 849	702
Bayern	10 848	+ 14,0	+ 0,3	30	515	88,0	8,9	4 675	4 643	1 922
Saarland	1 108	+ 3,3	- 0,7	2	8	73,7	9,6	73	77	28
Berlin (West)	2 033	- 7,5	- 1,0	8	0	24,1	15,3	8	1	1
Bundesgebiet	62 041	+ 10,4	+ 0,1	213	1 461	86,8	8,9	22 334	15 138	5 463

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im September 1974			
	Beschäftigte am 31. 10. 1974	Umsatz ²⁾ im Oktober 1974		Produk- tions- index 3) 1962=100 im Oktober 1974	Beschäftigte am 30.9. 1974		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM		Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	187	1 893	17	202	55	21	1 820	7,0	1 411	5,5
Hamburg	185	2 617	23	123	36	21	644	3,7	1 714	9,8
Niedersachsen	744	6 858	22	160	158	22	4 509	6,2	4 004	5,5
Bremen	101	1 090	18	.	18	25	284	3,9	99	1,4
Nordrhein-Westfalen	2 483	23 496	25	.	332	19	8 345	4,8	9 296	5,4
Hessen	702	5 211	27	.	121	22	3 826	6,9	1 730	3,1
Rheinland-Pfalz	395	4 085	30	256	79	21	2 001	5,4	1 398	3,8
Baden-Württemberg	1 527	11 642	25	182	214	23	5 482	5,9	8 363	9,1
Bayern	1 360	9 916	21	.	267	25	6 625	6,1	7 675	7,1
Saarland	163	1 252	35	.	20	18	404	3,6	256	2,3
Berlin (West)	221	1 671	12	.	39	19	969	4,8	1 481	7,3
Bundesgebiet	8 068	69 733	24	174	1 340	22	34 909	5,6	37 427	6,0

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1974			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Oktober 1974				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30.9. 1974	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		in DM je Einwohner	des	des	der
		Anzahl	je 1 000 Einwohner							Landes	Bundes	der Gemeinden
	in 1 000				im 2. Vierteljahr 1974							
				in DM je Einwohner								
Schleswig-Holstein	851	718	278	1 426	48	1 834	132	3 096	281	352	109	
Hamburg	531	482	276	1 061	23	1 370	131	5 778	530	2 265	207	
Niedersachsen	2 423	2 025	279	3 643	218	4 789	137	3 825	272	267	104	
Bremen	217	195	269	436	4	507	117	4 387	367	1 248	170	
Nordrhein-Westfalen	5 247	4 668	271	8 308	332	10 768	134	4 426	310	444	132	
Hessen	1 932	1 660	297	2 890	115	3 996	142	4 930	327	427	142	
Rheinland-Pfalz	1 272	1 046	283	1 768	91	2 424	142	4 100	262	301	103	
Baden-Württemberg	3 194	2 692	291	4 407	233	6 209	146	4 594	329	442	134	
Bayern	3 823	3 055	282	5 305	295	7 253	142	4 692	298	351	118	
Saarland	340	302	273	551	15	765	142	3 769	268	303	85	
Berlin (West)	510	462	227	1 238	36	1 546	128	4 040	214	624	106	
Bundesgebiet	20 424 ^a	17 341 ^a	280	31 033	1 410	41 461	138	4 411	307	457	126	

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Bildung und Kultur

Altersstruktur der Studenten 1/2

Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Industrie-Investitionen 1973 1/11

Verarbeitende Industrie 1974 1/8

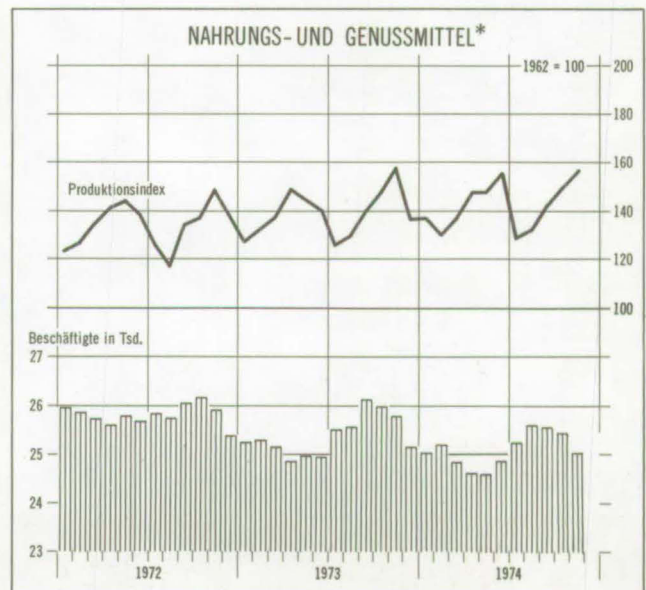
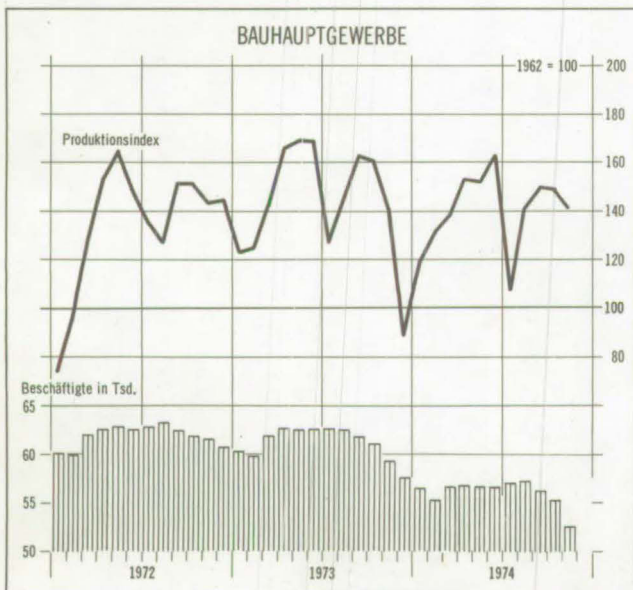
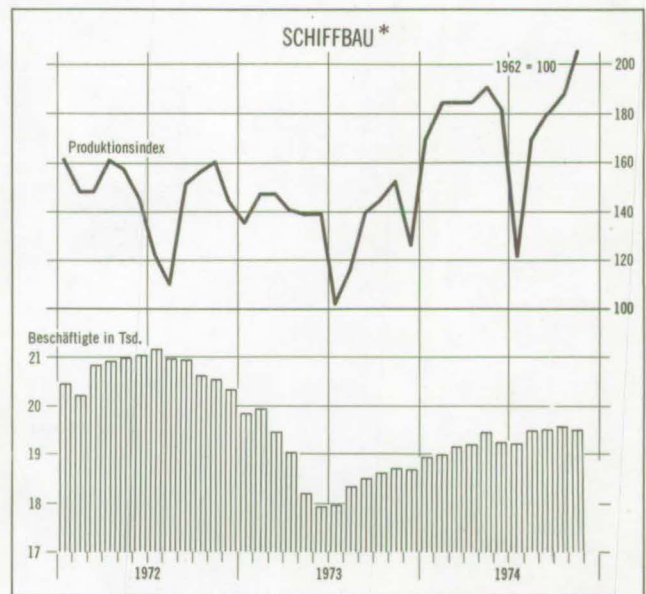
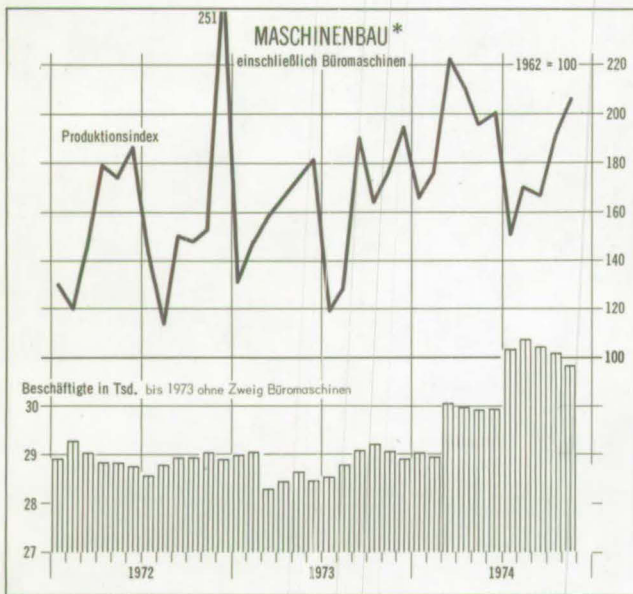
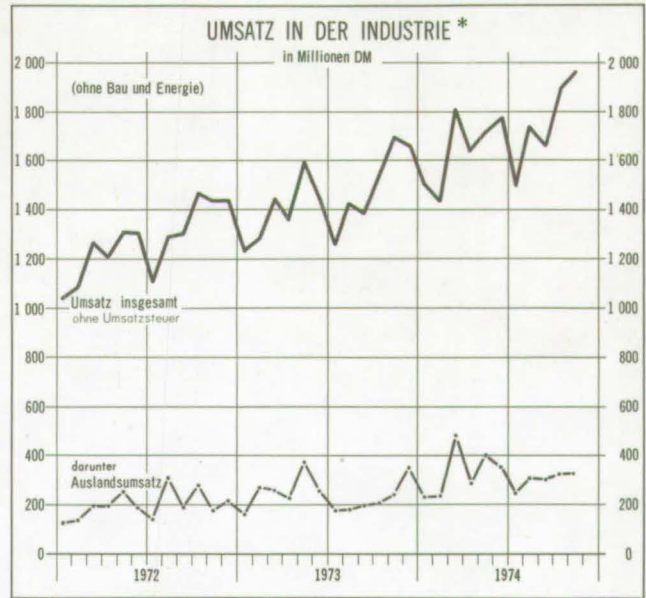
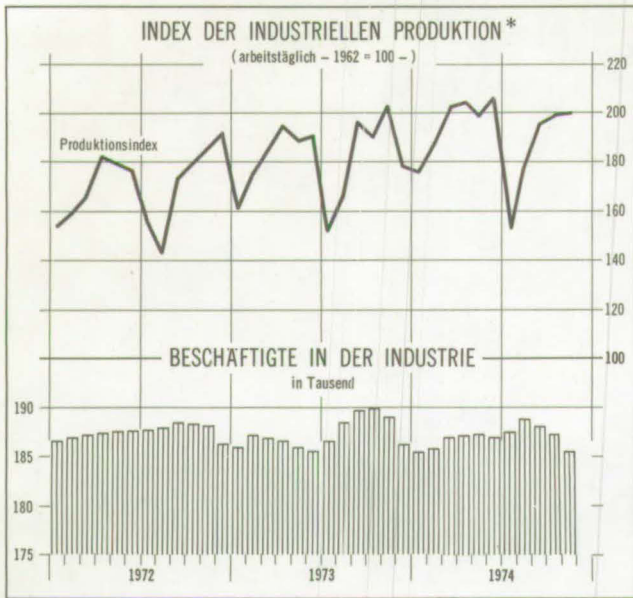
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Die nächste Wohnungszählung 1/16

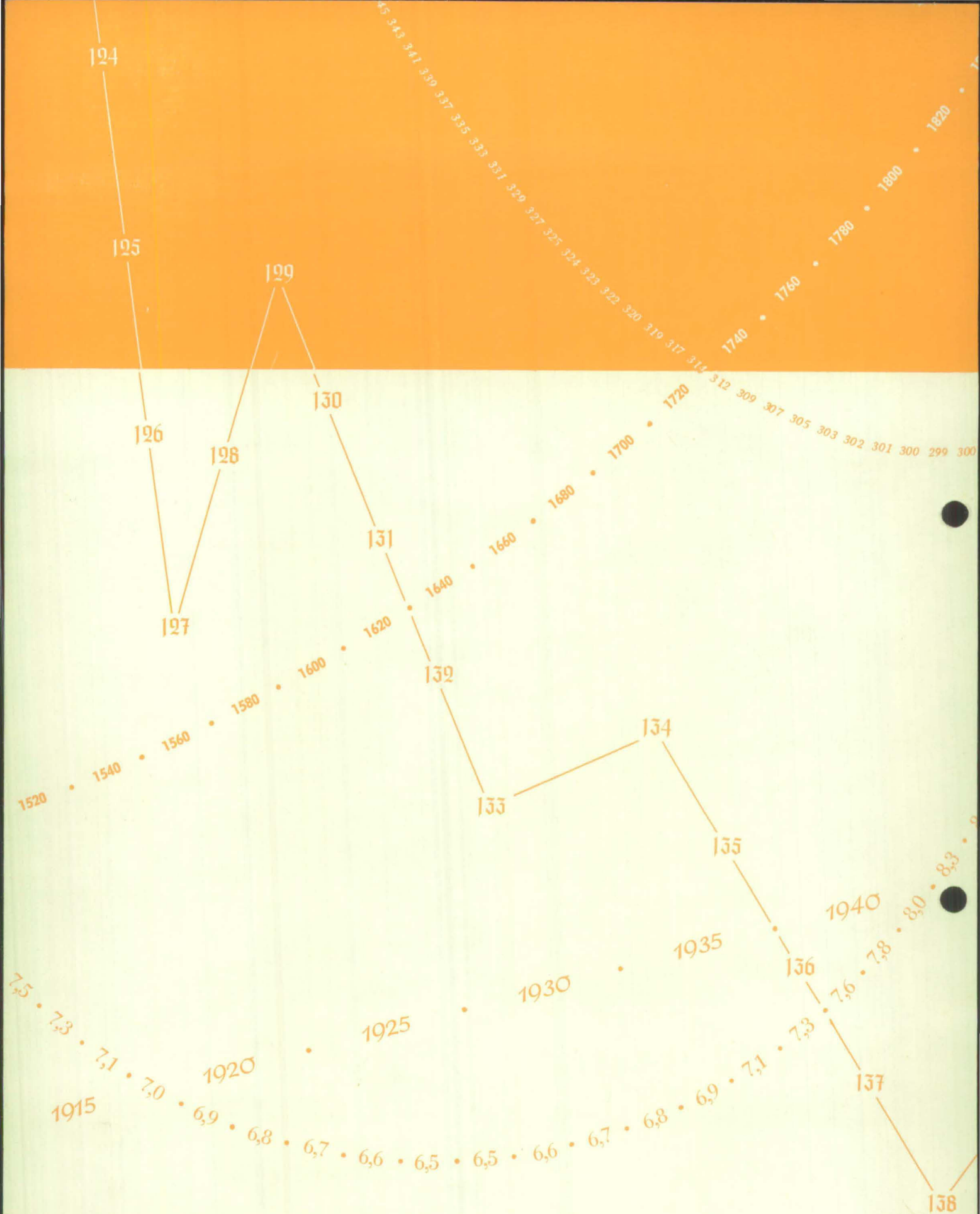
Investitionen im Baugewerbe 1/13

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen